NR. 149 15.04.2015

www.laender-analysen.de/ukraine

# PERSPEKTIVEN DER WIRTSCHAFTSHILFE FÜR DIE UKRAINE
# GESCHICHTSPOLITIK NACH DEM EUROMAIDAN
# AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN


- ANALYSE
  Abschätzung langfristig erforderlicher Aufbausummen für die Ukraine 2
  Von Gunter Deuber, Wien
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Wirtschaftskraft, Ausländische Direktinvestitionen (ADI), Korruption 7

- ANALYSE
  Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014 17
  Von Dmytro Myeshkov, Freiburg-Düsseldorf
- TABELLEN ZUM TEXT
  Die Rechtsakte zur Geschichtspolitik der Ukraine nach dem Euromaidan 21

- STATISTIK
  Aktuelle Wirtschaftsdaten 23

- CHRONIK
  23. März – 12. April 2015 27


Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

ANALYSE

# Abschätzung langfristig erforderlicher Aufbausummen für die Ukraine

Von Gunter Deuber, Wien

## Einleitung: Aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine

Persistente institutionelle und strukturelle Schwächen, makrofinanzielle Fragilität sowie die angespannte Sicherheitslage haben die Ukraine in eine tiefe Wirtschaftskrise gestürzt und auf Grund einer heftigen Anpassungsrezession wird das reale BIP in den Jahren 2014 und 2015 zusammengerechnet um mindestens 15 Prozentpunkte schrumpfen. In Kombination mit dem Griwna-Verfall ist die Wirtschaftskraft somit von 135 Milliarden Euro (2013) auf ca. 80 bis 90 Milliarden Euro gesunken. Damit ist die Wirtschaftsleistung bei 40 Millionen Einwohnern nur etwa so hoch wie in der Slowakei bzw. in einem deutschen Bundesland wie Schleswig-Holstein (mit je fünf bzw. drei Millionen Einwohnern). Der Wohlstands- und Kaufkraftverfall sowie der schon vor der aktuellen Krise erkennbare schleichende Rückzug westeuropäischer Investoren legen nahe: Zur Umkehr der negativen wirtschaftlichen Entwicklung sind tiefgreifende Reformen und eine erhebliche externe Finanzunterstützung bzw. Investitionen unentbehrlich. Die Höhe langfristig notwendiger externer Aufbau- und Finanzierungsmittel, die über die zur unmittelbaren makrofinanziellen Stabilisierung notwendigen Mittel hinausgehen, wird im vorliegenden Beitrag anhand von Transformationserfahrungen in Mittel- und Südosteuropa approximativ geschätzt.

## Rahmenbedingungen einer aussichtsreichen wirtschaftlichen Transformation

Angesichts eines bis dato gescheiterten Transformationsprozesses steht das Land auch heute noch am Anfang eines tiefen Umgestaltungsprozesses. Die Transformationserfahrungen in Mittel und Südosteuropa weisen auf folgende zentrale Voraussetzungen dafür hin:

- Es bedarf einer sicherheitspolitischen Stabilisierung, gefolgt von ein bis zwei Jahren Beständigkeit, bis das Investitionsvertrauen wiederhergestellt ist. Solch eine Entwicklung ist notwendig, damit Auf- und Umbau staatlicher Institutionen nicht von sicherheitspolitischen Belangen überlagert werden. Zur Stärkung des Investorenvertrauens ist in der Folge innenpolitische Stabilität über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren erforderlich.
- Förderlich für einen ökonomischen Wandel wäre eine ausbalancierte Lustration als Kernelement der Korruptionsbekämpfung. Solch ein Prozess könnte die Schaffung von transparenteren Wirtschaftsstrukturen und eine Zurückdrängung oligarchischer Gefüge unterstützen. Vor allem in den Schlüsselsektoren Energie, Banken und Landwirtschaft sind tiefgreifende Umgestaltungen erforderlich, um intransparente Eigentümerstrukturen zu reformieren, Quersubventionierungen mit öffentlichen und privaten Geldern zu unterbinden, einen fairen Preiswettbewerb zu etablieren und Privatisierungen sowie eine Marktbereinigung zu unterstützen. Im Energie- und Bankensektor bietet das aktuelle IWF-Programm hier wichtige Ansatzpunkte.
- Um der Ukraine und Investoren ökonomisches Aufwärtspotenzial zu offerieren, wäre eine länderspezifische und differenzierte EU-Annäherungsperspektive – unterhalb der EU-Mitgliedschaft – unentbehrlich. Zentral wäre hier ein funktionierender Marktzugang nach Russland bzw. in die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU). So wäre der Ukraine-Wiederaufbau auch ein Katalysator, um die Östliche Partnerschaft aufzuwerten und in einen konstruktiven wirtschaftspolitischen Dialog zwischen EU und EAWU einzutreten. Ein »Wirtschaftsmodell« der Kooperation mit EU und EAWU könnte die besten mittelfristigen Aufbauchancen bieten, ohne die ukrainische Wirtschaft auf Grund einer völligen Absatzmarktumlenkung (angesichts hoher Exportanteile der EAWU) zu überfordern. Ohne spezifische Vorteile verfügt die Ukraine im EU-Binnenmarkt kaum über ein Geschäftsmodell, das in direkter Konkurrenz zu den wettbewerbsstarken mittelosteuropäischen EU-Nachbarstaaten bestehen kann.
- Die Etablierung föderaler Strukturen ist im wahrscheinlichsten Szenario eines »eingefrorenen Konflikts« im Donbass unvermeidbar (andere Szenarien würden die im Folgenden skizzierten Summen zum Ukraine-Wiederaufbau merklich verändern). Eine Föderalisierung, ggfs. mit einschneidenden Autonomierechten für die Ostukraine, darf aber keine Strukturen für eine politische Selbstblockade des Gesamtstaates schaffen bzw. keine de jure und/oder de facto verschiedenen Rahmenbedingungen im Land entstehen lassen.
- Zur Wahrung von Investorenvertrauen und politischer Glaubwürdigkeit muss die Ukraine das ambitionierte vierjährige Stabilisierungs- und Reformabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ohne gröbere Friktionen umsetzen. Das Land hat bisher bereits mehrere IWF-Abkommen abgebrochen. Ohne laufendes IWF-Programm wird es schwer, weitere substanzielle Finanzmittel für die Ukraine bereitzustellen, etwa in der EU oder bei

internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).
- Für einen nachhaltigen Wandel wird sich auch die Wirtschaftsmentalität ändern müssen. Bis dato hat in Teilen der lokalen Wirtschaftselite und Bevölkerung die Erwartung vorgeherrscht, dass sich Wohlstand und wirtschaftlicher Erfolg rasch einstellen würden. Dazu wurden auch der Weg einer erheblichen Verschuldung und nicht marktbasierte Pfade eingeschlagen (wie die verbreitete Korruption und der hohe Anteil der Schattenwirtschaft zeigen).

## Kostenabschätzung Wiederaufbau der Ukraine: Makrostabilisierung vs. Erneuerung

Angesichts der herausfordernden Wirtschaftslage sowie der langen Geschichte der internationalen finanziellen Stützung der Ukraine erscheinen bereits erhebliche Finanzmittel erforderlich, um nur eine unmittelbare makrofinanzielle Stabilisierung der Ukraine (Sicherung der Zahlungsfähigkeit, Stärkung der Devisenreserven, Stabilisierung des Bankensektors) sicherzustellen. Seit 1994 ist die Ukraine in zwölf Jahren auf IWF-Unterstützung angewiesen gewesen, in »nur« neun Jahren nicht. Darauf basierend hat die Ukraine in den letzten 21 Jahren im Schnitt pro Jahr ca. zwei Milliarden US-Dollar an makrofinanzieller Stützung benötigt. »Nur« auf Jahre mit IWF-Unterstützung bezogen waren es drei bis vier Milliarden US-Dollar pro Jahr. Insofern sind allein zur makrofinanziellen Stützung in den nächsten Jahren mindestens 15 bis 20 Milliarden US-Dollar notwendig. Die Mitte März zugesagten IWF-Gelder liegen in diesem Bereich und eine Umschuldung für ausländische private Gläubiger des Staates und staatsnaher Firmen soll zusätzlichen finanziellen Spielraum im Bereich von 15 Milliarden US-Dollar schaffen. Die insgesamt im Rahmen des IWF-Programms bereits zugesagten Mittel bzw. finanziellen Entlastungen von etwa 40 Milliarden US-Dollar verteilen sich wie folgt: 44 Prozent IWF-Gelder, 38 Prozent Umschuldung bei privaten Gläubigern und weitere 18 Prozent an bilateraler Unterstützung. Für eine umfassende Transformation der ukrainischen Wirtschaft werden langfristig weitere öffentliche und private Finanzmittel bzw. Investitionen – über die Summen im IWF-Programm hinausgehend – benötigt. In einem langfristigen Transformationsprozess müssen größere Summen investiert werden, die über jene, die »nur« zur makrofinanziellen Stabilisierung notwendig sind, hinausgehen. Vertreter der Ukraine, etwa die Finanzministerin, thematisieren dies auch zunehmend.

Grobe Schätzungen zur Höhe der in der nächsten Dekade notwendigen (Investitions-)Mittel für den Auf- und Umbau der ukrainischen Wirtschaft liegen konservativ veranschlagt bei 60 bis 100 Milliarden Euro. Hier liegt der Fokus auf extern bereitzustellenden Mitteln in Fremdwährung (da angesichts der Kapitalknappheit vor Ort sowie der Erfordernis, Investitionsgüter in Hartwährung zu bezahlen, Investitionen v. a. vom Ausland zu tragen wären). Die Schätzung von 60 bis 100 Milliarden Euro lässt sich auf Basis der Annahme treffen, dass das BIP der Ukraine (nach einer heftigen Anpassungsrezession von 2014 bis 2016) bis zum Jahr 2020 in realen Größen bzw. bis 2023 in Euro gerechnet in etwa wieder das 2013er-Niveau erreicht. Anhand dieses BIP-Verlaufes lassen sich in der Folge andere Größen abschätzen. Solch ein Transformationspfad erscheint – bei entsprechenden Rahmenbedingungen – im Kontext anderer Transformationspfade plausibel. In Euro gerechnet oder bezogen auf das reale BIP hat es in Mittel- und Südosteuropa ca. acht Jahre gedauert, bis in vielen Ländern (wie Kroatien, Serbien, Bulgarien und der Slowakei) wieder das BIP-Niveau von vor den Transformationskrisen der 1990er Jahre erreicht werden konnte.

## Ukraine-Aufbau: Notwendige Gelder der öffentlichen Hand

Von den geschätzten 60 bis 100 Milliarden Euro an Aufbaugeldern in der nächsten Dekade müssten etwa 30 bis 50 Milliarden Euro von der öffentlichen Hand kommen und 30 bis 50 Milliarden Euro vom privaten Sektor. Die Spanne von 60 bis 100 Milliarden Euro an externen Aufbaugeldern für die Ukraine erscheint weit gefasst. Hierbei ist v. a. der Beitrag des Privatsektors erfolgsabhängig und würde bei einem günstigen Transformationsverlauf in der Ukraine sogar höher ausfallen. Angesichts erheblicher Unsicherheiten in der Ukraine wird der öffentliche Investitionsbeitrag in Relation zu privaten Mitteln aber höher sein müssen als in einem stabileren Umfeld (etwa der EU). Dies trifft insbesondere deswegen zu, weil das Umfeld aktuell global und v. a. in Europa für Ausländische Direktinvestitionen (ADI) weniger günstig ist als im Hoch der Aufbau- und Investitionsphase in Mittelost- und Südosteuropa (von 2000 bis 2008), an der die Ukraine weniger partizipiert hat. Darüber hinausgehend zeigen die Aufbauerfahrungen in anderen krisengeschüttelten Ländern, dass von der Ukraine zusätzlich Gelder im Bereich von mindestens der Hälfte der genannten externen öffentlichen Gelder bereitgestellt werden müssen, wobei dies nicht in knapper Fremdwährung geschehen darf.

Die genannten Summen von 30 bis 50 Milliarden Euro für die öffentliche Hand sind substanziell. Zum Vergleich: Zur Investitionsstärkung in der EU bzw. den European Fund for Strategic Investments (EFSI) konnten »nur« 21 Milliarden Euro an unmittelbaren Geldern der EU bzw. im Europäischen Investitionsbank (EIB) mobi-

lisiert werden, die dann 315 Milliarden Euro an Investitionen induzieren sollen.[1] Angesichts der Erfahrungen bei US-geführten Länderaufbauprogrammen (z. B. Irak, Afghanistan) wären auf Grund des genuin europäischen Stabilisierungsinteresses in der Ukraine mindestens 70 bis 85 Prozent der geschätzten 30 bis 50 Milliarden Euro von der EU bzw. von EU-Staaten abzudecken. Diese Verantwortung gilt es in der EU anzunehmen. Dennoch zeigen sich EU-Vertreter eher skeptisch in Bezug auf weitere Finanzmittel für die Ukraine bzw. eine internationale Geberkonferenz und derzeit tragen v. a. der IWF und private Gläubiger mit knapp 80 Prozent die Hauptlast der Kosten der makrofinanziellen Stabilisierung gemäß des IWF-Programms von 2015 bis 2018. Zudem ist die potenziell notwendige Summe an EU-Geldern für die Ukraine im breiteren EU-Kontext zu sehen. Große EU-Länder Mittel- und Südosteuropas haben in den einzelnen mehrjährigen Finanzierungsperioden Zusagen für EU-Zahlungen in Höhe von 20 Milliarden Euro (Rumänen) bis hin zu 80 Milliarden Euro (Polen) erhalten. Allerdings sind diese Gelder in Zeiten mit im Trend schon solideren institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geflossen. Im Sinne einer ökonomischen und (integrations-)politischen Rationalität ist zusätzlich zu beachten, dass die EU relativ und absolut betrachtet für Länder der Östlichen Partnerschaft (wie die Ukraine) nur geringere Mittel bereitstellen kann als für Mitglieder. Mit den hier angenommenen zehn bis 15 Milliarden Euro in einer siebenjährigen EU-Finanzierungsperiode (und der Zusage von nochmals acht bis 14 Milliarden Euro in der folgenden EU-Finanzierungsperiode) an unmittelbaren EU-Geldern würde die Ukraine pro Kopf bzw. in Relation zum BIP weniger Mittel erhalten als Rumänien oder Polen. Bei zehn bis 15 Milliarden Euro würde die Ukraine pro Kopf 250 bis 350 Euro EU-Gelder erhalten, der Schnitt in osteuropäischen EU-Ländern liegt bei 1700 Euro. Allerdings besteht wegen der desolaten Staatsfinanzen in der Ukraine und massiver Konsolidierungserfordernisse im Rahmen des IWF-Programms kein hinreichender Spielraum zur Ko-Finanzierung bei EU-Geldern. Daher sind die zuvor genannten Summen von 30 bis 50 Milliarden Euro an erforderlichen öffentlichen Geldern höher als die Summe der zuvor genannten unmittelbaren EU-Gelder (von etwa 18 bis 29 Milliarden) bzw. beinhalten zehn bis 15 Milliarden Euro an Ko-Finanzierung, etwa über europäische Institutionen wie EIB, EBWE oder internationale Förderinstitutionen. Zusätzlich ist im Lichte von langfristigen Aufbauerfahrungen an anderen humanitären und sicherheitspolitischen Krisenherden (Balkan, Afghanistan, Irak) noch mit weiteren zehn bis 20 Milliarden Euro zur Unterstützung von Binnenflüchtlingen sowie dem Aufbau adäquater Strukturen der inneren und äußeren Sicherheit etc. zu rechnen. Allein die Militäroperationen in der Ostukraine kosten etwa zwei bis drei Milliarden Euro auf ein Jahr gerechnet. Allerdings werden ggfs. nicht alle zugesagten EU-Mittel abgerufen werden. Von den zugesagten EU-Mitteln im Bereich von 30 bis 50 Milliarden Euro (inklusive Ko-Finanzierung zu unmittelbaren EU-Geldern) könnten je nach Absorption (und bei nochmaliger angenommener unmittelbarer direkter Ko-Finanzierung von etwa 25 % durch EU-Institutionen bzw. EU-Gelder und 25 % andere Ko-Finanzierung) von der Ukraine ggfs. de facto »nur« 20 bis 35 Milliarden Euro abgerufen werden.

Erleichtert werden könnte die Bereitstellung von umfassenden EU-Mitteln für die Ukraine durch Anpassungen bei aktuellen Finanzierungsoptionen. Die Mittel der Östlichen Partnerschaft belaufen sich derzeit auf ca. 2,5 Milliarden Euro. Angesichts der Herausforderungen in der Ukraine liegt eine Aufstockung nahe. Auf Grund der Krisenerfahrungen mit anderen EU-Instrumenten wäre eine Vervierfachung – auf zehn Milliarden Euro – realistisch. Zugleich wäre es sinnvoll, die Östliche Partnerschaft und ihre Finanzmittel auf die Ukraine zu konzentrieren. Zudem könnte die EU-Zahlungsbilanzfazilität, derzeit 50 Milliarden Euro (zwölf Milliarden Euro vor der globalen Finanzmarktkrise), für die Östliche Partnerschaft geöffnet werden (v. a. für Länder mit IWF-Abkommen). Dies würde die kurzfristige Finanzmittelbereitstellung erleichtern und ein strategisches EU-Interesse andeuten.[2] EU-Länder haben aus dieser Fazilität substanzielle Mittel erhalten (Ungarn etwa 6,5 Milliarden Euro, Lettland 3,1 Milliarden Euro, Rumänien 8,4 Milliarden Euro). Somit wäre es realistisch, über aufgestockte Mittel der Östlichen Partnerschaft und die Zahlungsbilanzfazilität etwa zehn bis 15 Milliarden Euro an EU-Geldern zur makrofinanziellen Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Ukraine zu mobilisieren; vorausgesetzt die Zahlungsbilanzfazilität würde in Relation zur Wirtschafskraft in der Dimension wie für Lettland genutzt. Zusätzlich zu unmittelbaren EU-Finanzierungen könnten EBRD oder EIB Ressourcen des Russlandgeschäfts an die Ukraine umleiten. Angesichts von Finanzierungsvolumina von ein bis zwei Milliarden Euro p. a. in Russland – hier liegen neue Finanzierungsvorhaben auf Eis – könnte allein die EBRD in den kommenden Jahren ein bis zwei Milliarden Euro an Mitteln für die Ukraine frei-

1 Siehe <http://www.eib.org/about/invest-eu/index.htm?lang=de#>

2 Die Mittel der makrofinanziellen Unterstützung für Nicht-EU Länder erscheinen zu gering; hierüber hat die Ukraine bis dato Zusagen von 1,8 Milliarden Euro erhalten und seit 1990 gerechnet liegen alle Zusagen im Rahmen der makrofinanziellen Unterstützung der EU für Nicht-EU-Länder »nur« bei ca. zehn Milliarden Euro.

machen bzw. ca. fünf bis zehn Milliarden Euro über einen längeren Zeitraum. Die vorigen Überlegungen zeigen, dass im Rahmen bestehender Programme bzw. Finanzierungsoptionen 20 bis 25 Milliarden Euro an EU-Geldern mobilisiert werden könnten. Weitere Mittel müssten dann aus nicht in Anspruch genommenen Strukturfonds oder durch zusätzliche bilaterale Finanzzusagen von EU-Ländern oder weiteren Geldgebern bereitgestellt werden. Allerdings sollte die EU, bei entsprechenden Rahmenbedingungen vor Ort, nicht mehr aus Rücksichtnahme auf Russland vor einer substanziellen finanziellen Unterstützung der Ukraine zurückschrecken. Substanzielle Gelder werden in diesem russophilen Denkansatz als »EU-Übernahme der Ukraine« angesehen.

## Möglicher Finanzbeitrag von Nicht-EU-Staaten – Geberkonferenz als Mittel

Zur Mobilisierung erheblicher Ukraine-Aufbausummen der öffentlichen Hand gilt es, auch Nicht-EU Staaten zu involvieren, was Sinn und Zweck einer internationalen Geberkonferenz wäre, zumal solch eine Geberkonferenz einen impliziten Druck auf die Staatengemeinschaft – außerhalb der EU – ausüben könnte. Im Lichte von Aufbauerfahrungen in anderen krisengeschüttelten Ländern wäre selbst in einem EU-dominierten Ukraine-Aufbauprogramm ein Beitrag von ca. 15 bis 30 Prozent durch andere Geldgeber zu erwarten. Bei den hier geschätzten Summen wären dies fünf bis 15 Milliarden Euro. Gemäß geostrategischer Interessen wäre v. a. mit Geldern der USA bzw. von US-Entwicklungsinstitutionen, weiteren G-7-Ländern und ggfs. der Türkei zu rechnen (die der Ukraine unlängst 60 Millionen Euro an kurzfristiger Unterstützung offeriert hat), wobei auch Russland oder China in Frage kämen. Der Einfluss beider Staaten in der Ukraine hat im Vorfeld der aktuellen Krise zugenommen und beide Länder sind zentrale Wirtschaftspartner der Ukraine (z. B. gemäß Import- oder ADI-Anteilen). China ist zum zweitwichtigsten Lieferland der Ukraine aufgestiegen und mit der wirtschaftlichen Orientierung nach Russland und China unter den vorherigen Machthabern war durchaus ein Machterhaltungsgedanke verbunden. Nun können sich beide Länder weder aus der Verantwortung für die Kooperation mit einer gescheiterten Regierung noch aus der Verantwortung für das Verfolgen von Geschäftsinteressen im damaligen Umfeld der Ukraine stehlen. Im Vergleich zu Finanzierungszusagen dieser Länder in anderen internationalen Aufbauprogrammen wäre für den Ukraine-Aufbau von Russland und China zusammen mindestens eine Summe von drei bis fünf Milliarden Euro zu erwarten; dies würde helfen, die finanziellen Anforderungen an die EU etwas zu senken – auf ca. 25 bis 35 Milliarden Euro, zumal die jüngste Positionierung Chinas in der Ukraine-Krise nicht eindeutig pro-russisch ausgefallen ist und damit einer Unterstützung der Ukraine nicht im Wege steht.

## Ukraine-Aufbau: Notwendige Gelder des privaten Sektors

Transformationserfahrungen in Mittel- und Südosteuropa sowie die beabsichtigte Privatisierung von etwa 1000 ukrainischen Betrieben legen nahe, dass neben öffentlichen Geldern (v. a. EU-Geldern) für eine gelungene Umgestaltung ebenso substanzielle privatwirtschaftliche Engagements erforderlich sind. Wichtige Kanäle sind hier grenzüberschreitende Handels- und Bankfinanzierungen sowie ADI (unmittelbare Investitionen sowie auch reinvestierte Gewinne). Grobschätzungen zum notwendigen (ausländischen) finanziellen Privatsektor-Engagement in der Ukraine in den kommenden Jahren liegen bei 30 bis 50 Milliarden Euro. Vordergründig erscheinen diese Summen sehr hoch. Allerdings haben westeuropäische Banken über den letzten Kredit- bzw. Finanzzyklus ihre grenzüberschreitenden Ukraine-Finanzierungen (inkl. Handelsfinanzierungen, Eigenkapital etc.) von mindestens fünf bis sieben Milliarden Euro auf 30 Milliarden Euro hochgefahren. Derzeit gibt es hier noch Finanzierungen von zehn bis 13 Milliarden Euro. Über den letzten ADI-Zyklus haben etwa Polen oder Rumänien je 50 bis 80 Milliarden Euro ADI erhalten. Insofern erscheinen 30 bis 50 Milliarden Euro für die Ukraine (ADI plus weitere privatwirtschaftliche Engagements)in den nächsten Jahren nicht utopisch. Zudem sollten auch die ökonomischen Chancen im Rahmen eines Wiederaufbaus nicht unterschätzt werden. Dies gilt v. a. nach dem Griwna-Verfall, der die preisliche internationale Wettbewerbsposition massiv verbessert hat. Allerdings lassen sich substanzielle ADI-Engagements nur bei entsprechenden Bedingungen vor Ort realisieren. Darüber hinaus ist v. a. auch an Absicherungsmöglichkeiten oder Beteiligung der öffentlichen Hand bei privatwirtschaftlichen Engagements (Risikoabsicherungen, Kapitalbeteiligungen) zu denken. Zudem gibt es substanzielle Offshore-Gelder mit Ukraine-Bezug (z. B. Zypern, Panama, Britische Jungferninseln). Nur auf Basis offizieller ADI-Statistiken gibt es hier Verflechtungen von ca. 20 bis 25 Milliarden Euro. D. h. bei einer positiven Entwicklung könnten Offshoring-Gelder teilweise (wieder) in der Ukraine investiert werden. So könnten die hier geschätzten Investitionssummen für den Privatsektor konservativ geschätzt zu mindestens fünf bis zehn Milliarden aus solchen Quellen abgedeckt werden (allein wichtige ukrainische Oligarchen haben ein geschätztes Privatvermögen von mindestens 20 Milliarden Euro). Zudem legt die wichtige Rolle Russlands als Investor in der Ukraine nahe, dass ein größerer Teil von

Investitionen auch von russischen Firmen gestemmt werden kann. Hier wäre angesichts heutiger Eigentümerverhältnisse – selbst bei weniger Engagement angesichts der jüngsten Rückschläge bei den bilateralen Handelsvolumina – mit Summen von fünf bis zehn Milliarden Euro durch russische Firmen zu rechnen. Solche Summen wären v. a. in einem Szenario der Kooperation mit EU und EAWU möglich. Der Zufluss von Offshoring-Geldern ggfs. auch aus Russland hat jedoch auch problematische Implikationen, da dadurch die dringend zu reformierenden Eigentümer- und Wirtschaftsstrukturen gefestigt werden könnten.

## Kontextualisierung der geschätzten Investitions- und Aufbaumittel

Die hier genannten Summen von 60 bis 100 Milliarden Euro an externen Aufbau- und Investitionsmitteln für die Ukraine sind hoch, doch bewegen sie sich in bereits andiskutierten Dimensionen. Unlängst haben Vertreter einer neu gegründeten in Wien ansässigen »Agentur zur Modernisierung der Ukraine« (mit Nähe zu oligarchischen Kreisen, weswegen diese Initiative teils kritisch gesehen wird) von dreistelligen Milliardenbeträgen als Aufbau- und Investitionssumme gesprochen. EU-Kommissar Hahn thematisierte unlängst Aufbaumittel in Höhe von 65 Milliarden US-Dollar. Zur relativen Einordnung ist darauf zu verweisen, dass die USA und Europa über die letzte Dekade ca. 100 Milliarden Euro in die Afghanistan-Aufbauhilfe (bei einem BIP um 20 Milliarden Euro und 30 Millionen Einwohnern) investiert haben bzw. die USA und weitere internationale Geldgeber mindestens 60 bis 70 Milliarden Euro als Irak-Aufbauhilfe zur Verfügung gestellt haben (bei einem BIP von ca. 150 bis 160 Milliarden Euro und 33 Millionen Einwohnern). Die hier geschätzte Summe von 60 bis 100 Milliarden Euro an Ukraine-Aufbaugeldern würde damit pro Kopf unter den Geldern für die beiden genannten (Bürger-)Kriegs- und Krisenländer liegen. Damit erscheinen die hier geschätzten Summen in Anbetracht des höheren Wohlstandsniveaus in der Ukraine sowie der bisherigen Begrenztheit des militärischen Konflikts plausibel, zumal aus europäischer Perspektive, etwa im Kontext der in der Eurozonenkrise eingesetzten Stabilisierungsmittel, hinzuzufügen ist: Die notwendigen Mittel zum Ukraine-Aufbau wären angesichts der bescheidenen Größe der ukrainischen Wirtschaft absolut bzw. in Euro eher gering.

## Fazit

Der Ukraine-Wiederaufbau ist die derzeit größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas außerhalb der Eurozone. Angesichts der Risiken bei nicht erfüllten Transformationserwartungen (z. B. Massenauswanderung, politische Radikalisierung) hat die EU ein vitales Eigeninteresse daran, dass die wirtschaftliche Modernisierung der Ukraine gelingt. Im Lichte von USA-geführten Länderaufbauprogrammen wäre es plausibel, dass 70 bis 80 Prozent der Finanzmittel dafür aus EU-Quellen stammen, wobei angesichts von Transformationserfahrungen in Mittel- und Südosteuropa zu betonen ist: Es werden auch erhebliche Privatsektor-Engagements notwendig sein. Letztere erfordern v. a. ein funktionierendes »Geschäftsmodell Ukraine«, das neben einer tiefgreifenden Reformierung auf einer Kooperation mit EU und EAWU basiert. Eine Grundvoraussetzung für substanzielle und über Jahre gestreckte öffentliche Finanzzusagen sowie private Investitionen wäre aber auch die nachhaltige Erfüllung des IWF-Programms. Die Erfüllung des IWF-Programms ist nicht nur entscheidend, weil in der Eurozone bzw. der EU auf eine Beteiligung des IWF bei Länder-Sanierungsprogrammen geachtet wird (v. a. von Deutschland), sondern v. a. weil das Programm eine ambitionierte wirtschaftspolitische Reformagenda umfasst. Allerdings wird es im Sinne einer Bringschuld an der Ukraine sein, notwendige administrative Voraussetzungen zur Absorption von substanziellen EU-Geldern und Investitionen zu schaffen. Im Sinne realistischer Erwartungen (z. B. bei der Korruptionsbekämpfung) ist indes auch mit Problemen bei der Absorption von Unterstützungs- und Aufbaugeldern (v. a. der öffentlichen Hand) zu rechnen, wobei hier derzeit eher eine zögerliche Haltung in der EU überwiegt, was erklärt, dass eine für Ende April geplante umfangreiche internationale Geberkonferenz wohl eher ins zweite Halbjahr 2015 verschoben wird, um der Ukraine mehr Zeit für Reformen und zur Aufstellung sinnvoller Investitionsobjekte zu gewähren. Zudem gilt es im ökonomischen Kalkül auch zu fragen, ob tiefgreifende Reformen sowie ein nachhaltiger Wiederaufbau ohne den Donbass nicht einfacher gelingen könnten. Dies gilt v. a., wenn sich das Verhältnis zu Russland nicht bedeutsam verbessert, die Westorientierung der Ukraine Bestand hat und ein kooperatives »Wirtschaftsmodell« mit der EAWU nicht realisierbar ist.

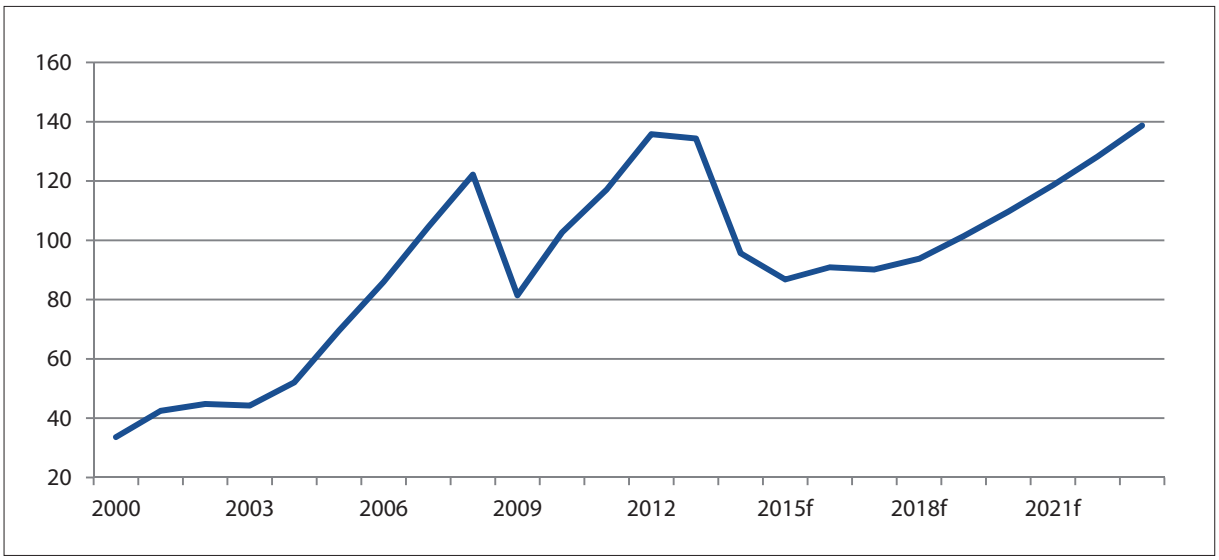
*Über den Autor*

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in der Ukraine tätigen Auslandsbanken, die in Wien sitzt.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

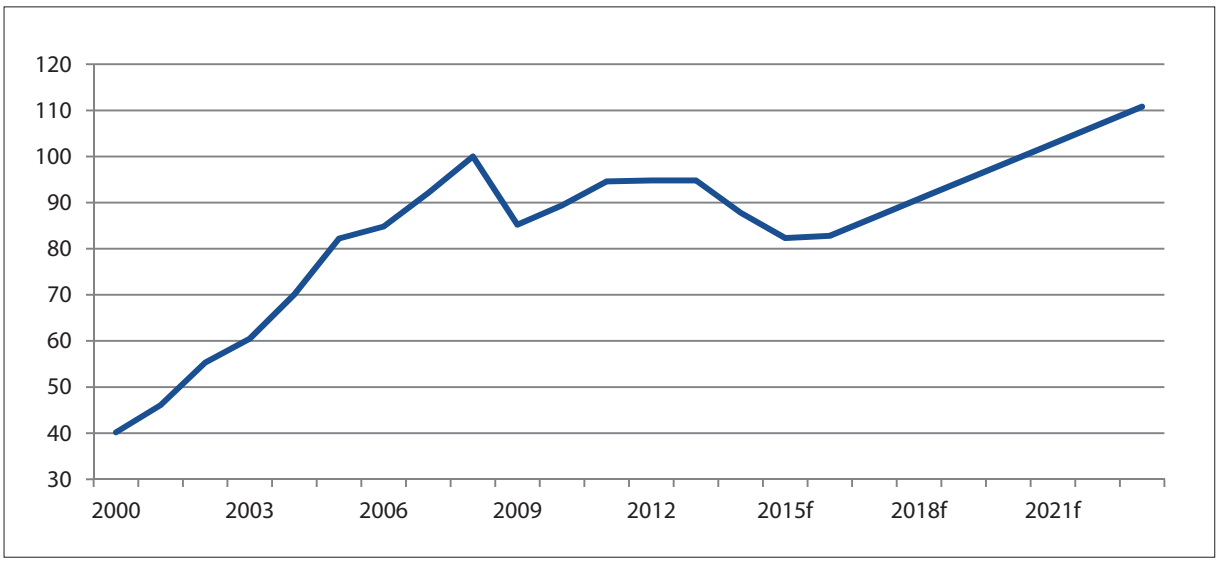
# Wirtschaftskraft, Ausländische Direktinvestitionen (ADI), Korruption

## Grafik 1: Ukraine: Nominales BIP (Milliarden EUR)



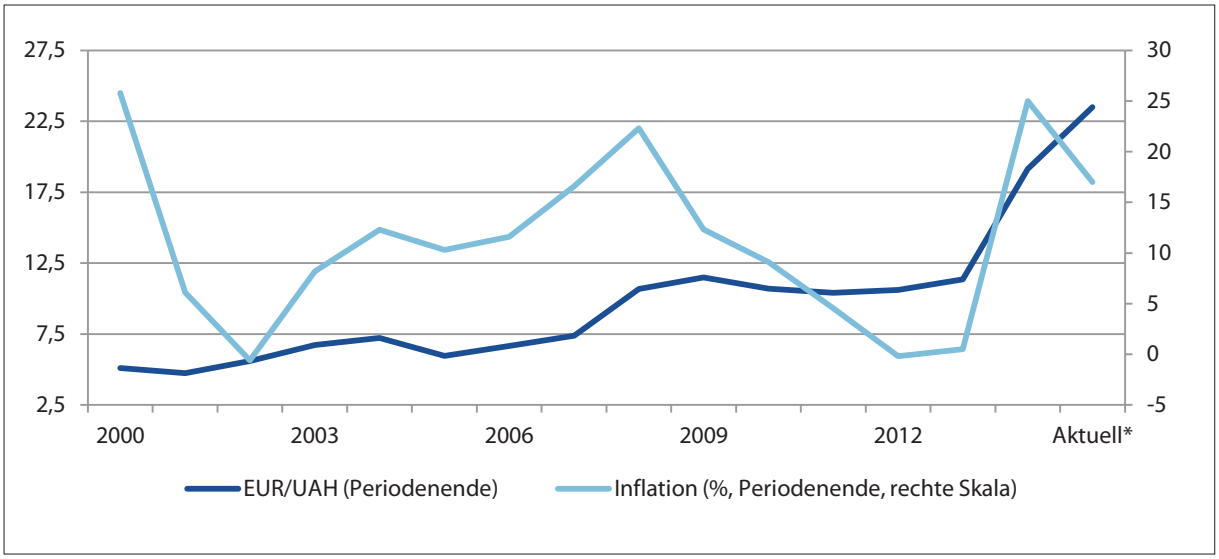

*Quellen: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

## Grafik 2: Ukraine: BIP-Index (2008=100)




*Quellen: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

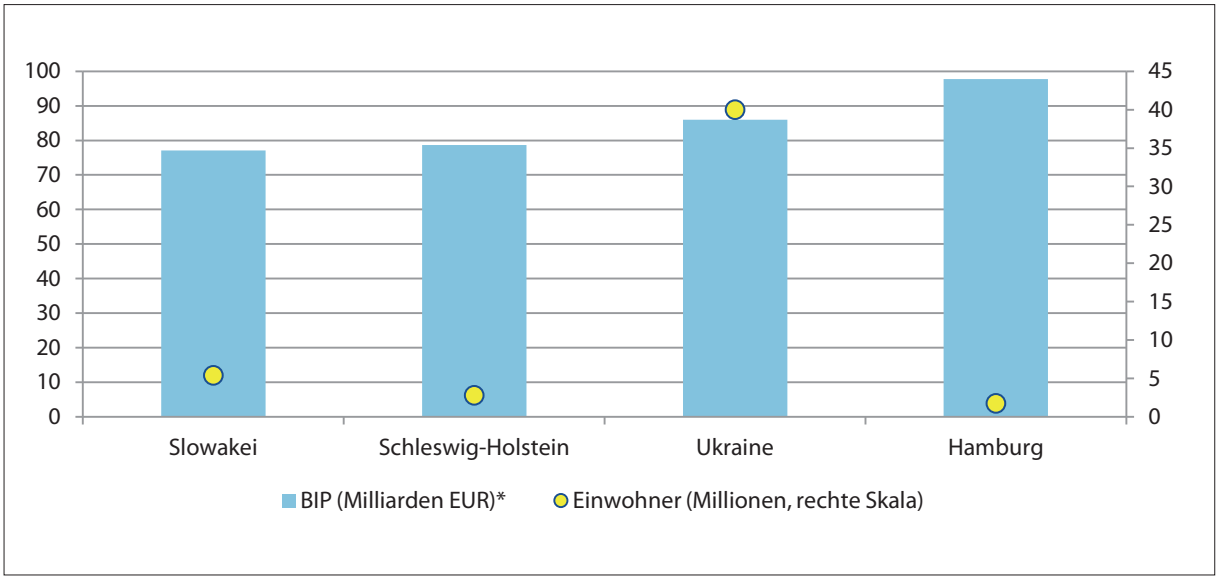
## Grafik 3: Währung und Inflation




** am 23.3.2015*

*Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

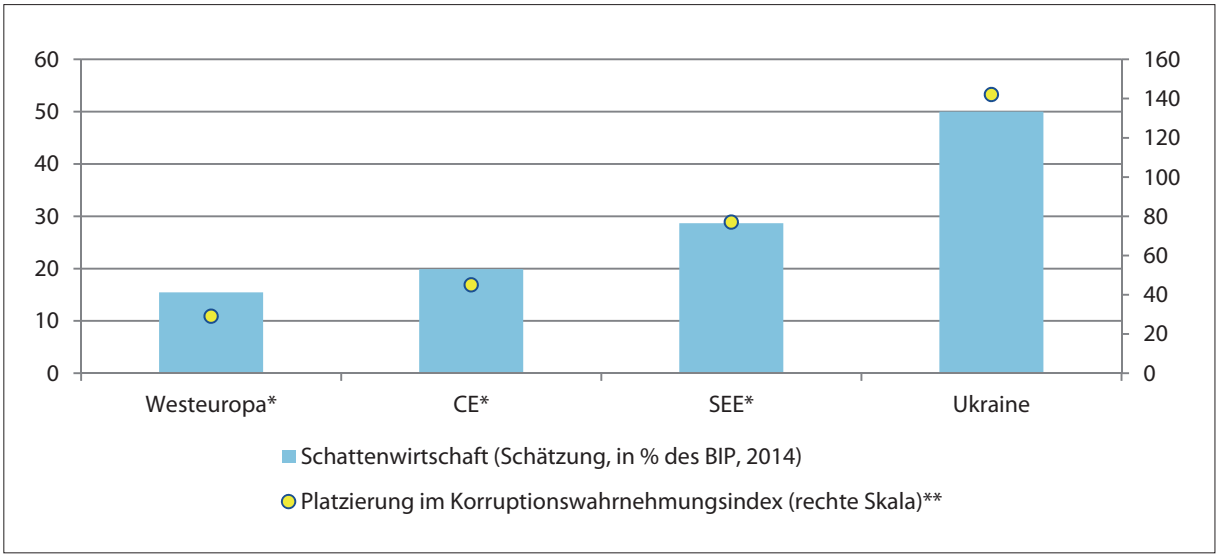
## Grafik 4: Wirtschaftskraft und Bevölkerung im Vergleich*




** 2014er Zahlen bzw. 2015er Prognosen für Ukraine-BIP*

*Quelle: Destatis, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

## Grafik 5: Schattenwirtschaft und Korruption (2014)

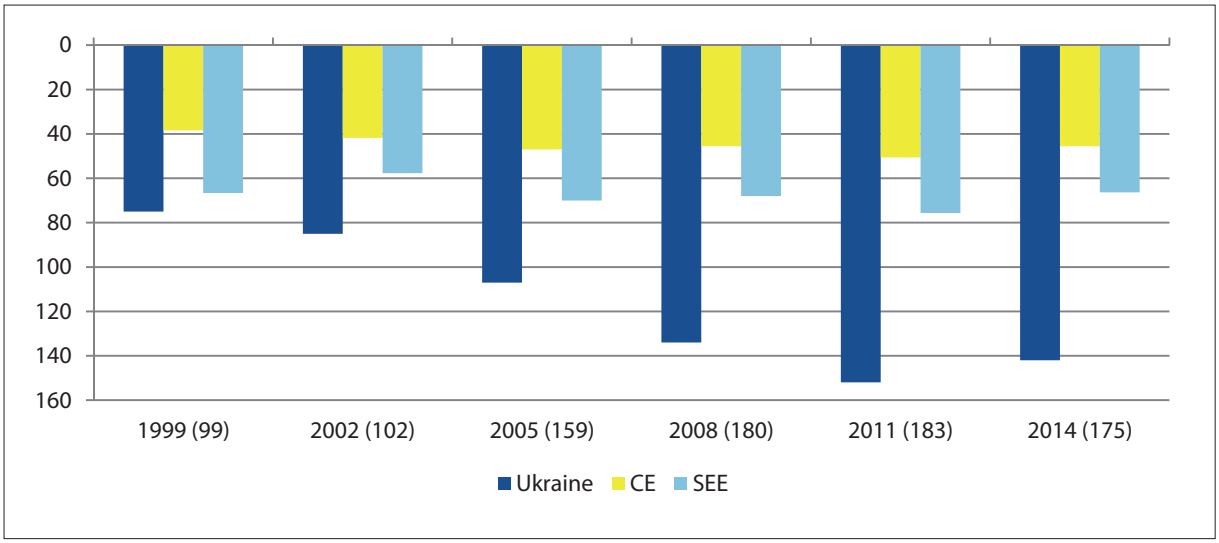



** Westeuropa: Österreich, Deutschland, Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland; CE: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien; SEE: Kroatien, Rumänien, Bulgarien*

*** Platzierung unter 175 Ländern, für regionale Aggregate Durchschnittswerte*

*Quellen: McKinsey, Transparency International, RBI/Raiffeisen/RESEARCH*

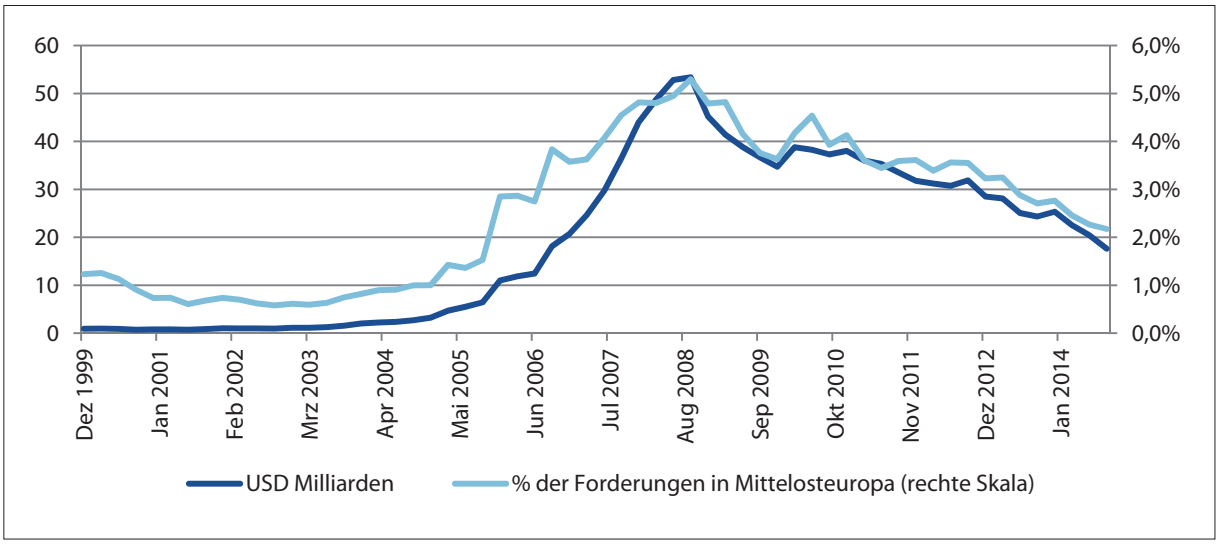
## Grafik 6: Platzierung im Korruptionswahrnehmungsindex (Zahl der Länder im Ranking in Klammern)




** CE: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien; SEE: Kroatien, Rumänien, Bulgarien*

*Quellen: Transparency International, RBI/Raiffeisen/RESEARCH*

**Grafik 7: Ukraine: Forderungen westeuropäischer Banken (Milliarden US-Dollar)***




** Letzter Wert für September 2014*

*Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Tabelle 1: Langfristig geschätzter Finanzierungs-/Investitionsbedarf (konservative Rechnung)***

| Milliarden EUR | Untergrenze | Obergrenze |
|---|---|---|
| ADI (konservativ) | 15 | 25 |
| EU-Finanzierungen (I) | 10 | 15 |
| EU-Finanzierungen (II) | 8 | 14 |
| Bankfinanzierungen | 15 | 25 |
| Kosten Aufbau Sicherheitsstrukturen, humanitäre Hilfe etc. | 10 | 20 |
| | | |
| Geschätzte Gesamtkosten | 58 | 99 |
| davon öffentlicher Sektor | 48 % | 49 % |
| davon privater Sektor | 52 % | 51 % |
| | | |
| Anpassung bei Nicht-100%-Ausschöpfung EU-Gelder | | |
| Öffentlicher Sektor (50 % Absorption EU Gelder + 25 % Ko-Finanzierung) | 20 | 36 |
| Privater Sektor (ADI konservativ) | 30 | 50 |
| Effektive Summe | 50 | 86 |

** Basierend auf folgenden Annahmen: Das BIP der Ukraine erreicht in zehn Jahren etwa 130 Milliarden Euro, EU-Finanzierungen bleiben deutlich unter denen in anderen mittelosteuropäischen Ländern (etwa 200 bis 350 Euro pro Kopf vs. Durchschnitt von ca. 1.700 Euro in mittelosteuropäischen EU-Ländern), ADI und Bankfinanzierungspenetration erreichen jeweils etwa 40 bis 50 % des BIP; aktuell liegt dieser Wert für ADI bei 40 % und bei Bankfinanzierungen bei 20 %.*

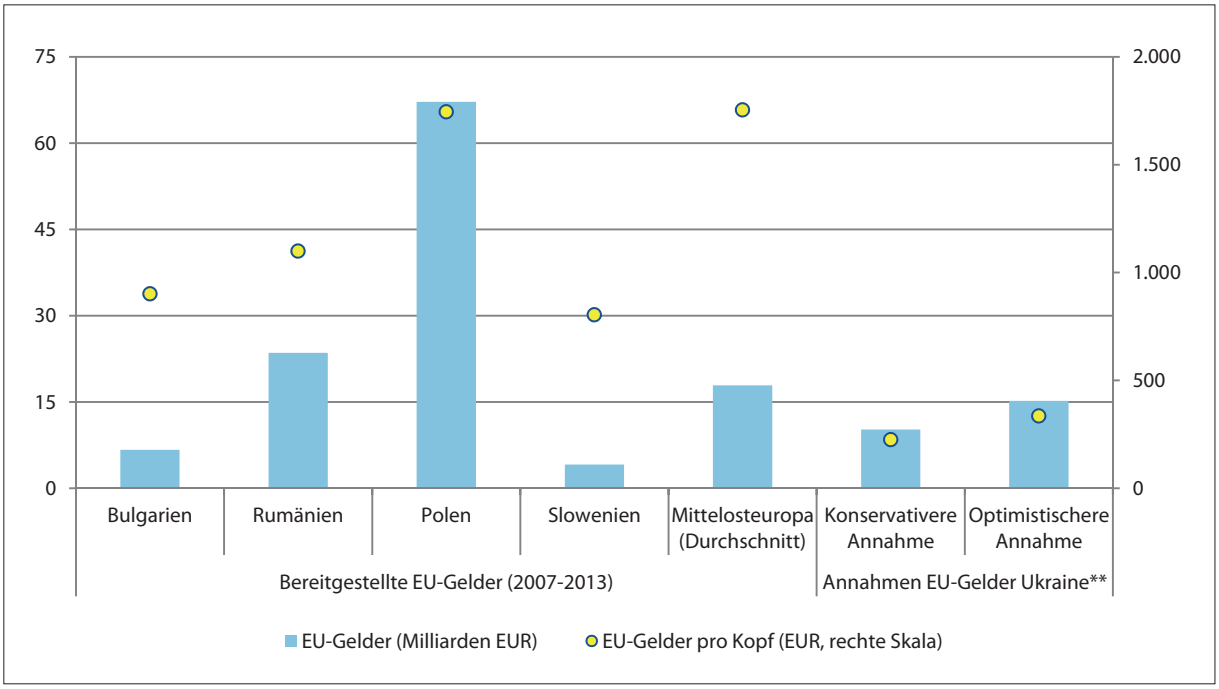
*Quelle: RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Tabelle 2: Langfristig geschätzter Finanzierungs-/Investitionsbedarf (optimistische Rechnung)***

| Milliarden EUR | Untergrenze | Obergrenze |
|---|---|---|
| ADI (optimistisch) | 30 | 40 |
| EU-Finanzierungen (I) | 10 | 15 |
| EU-Finanzierungen (II) | 8 | 14 |
| Bankfinanzierungen | 30 | 50 |
| Kosten Aufbau Sicherheitsstrukturen, humanitäre Hilfe etc. | 10 | 20 |
| | | |
| Geschätzte Gesamtkosten | 88 | 139 |
| davon öffentlicher Sektor | 32 % | 35 % |
| davon privater Sektor | 68 % | 65 % |
| | | |
| Anpassung bei Nicht-100%-Ausschöpfung EU-Gelder | | |
| Öffentlicher Sektor (70 % Absorption + 25 % Ko-Finanzierung) | 24 | 43 |
| Privater Sektor (ADI optimistisch) | 60 | 90 |
| Effektive Summe | 84 | 133 |

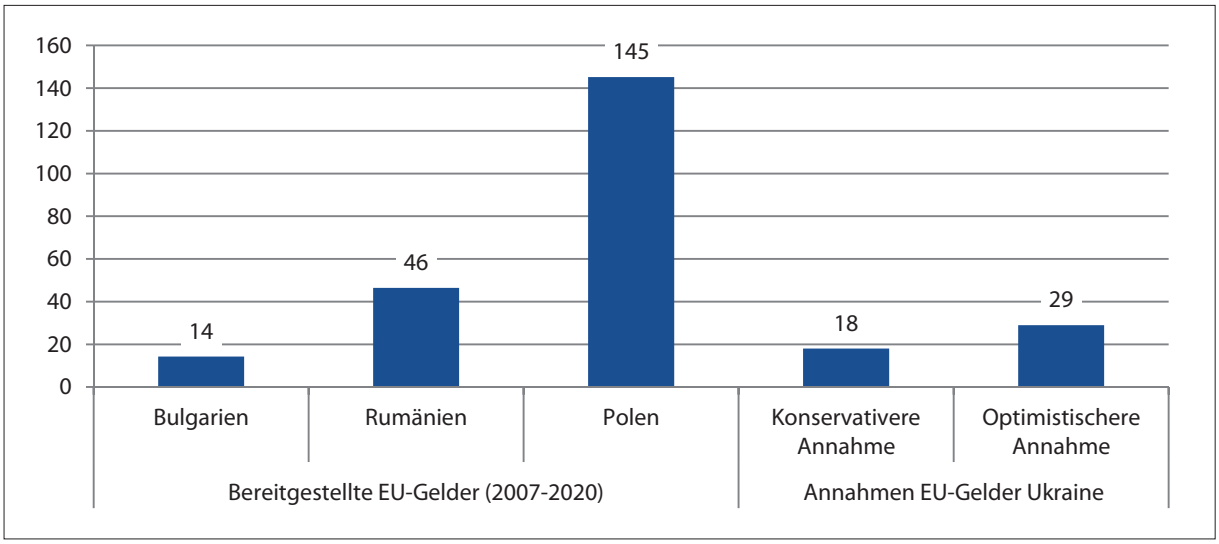
** Basierend auf folgenden Annahmen: Das BIP der Ukraine erreicht in zehn Jahren etwa 150 Milliarden Euro, EU-Finanzierungen bleiben deutlich unter denen in anderen mittelosteuropäischen Ländern (etwa 200 bis 350 Euro pro Kopf vs. Durchschnitt von ca. 1.700 Euro in mittelosteuropäischen EU-Ländern), ADI und Bankfinanzierungspenetration erreichen jeweils etwa 50 bis 60 % des BIP; aktuell liegt dieser Wert für ADI bei 40 % und bei Bankfinanzierungen bei 20 %.*
*Quelle: RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 8: Erfolgte EU-Zahlungen Mittel- und Südosteuropa (2007–2013) und mögliche Dimensionen Ukraine***




** Zahlen für die EU-Länder Mittelosteuropas für die Finanzierungsperiode 2007–2013*
*** Bezogen auf eine siebenjährige EU-Finanzierungsperiode*
*Quellen: EU, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

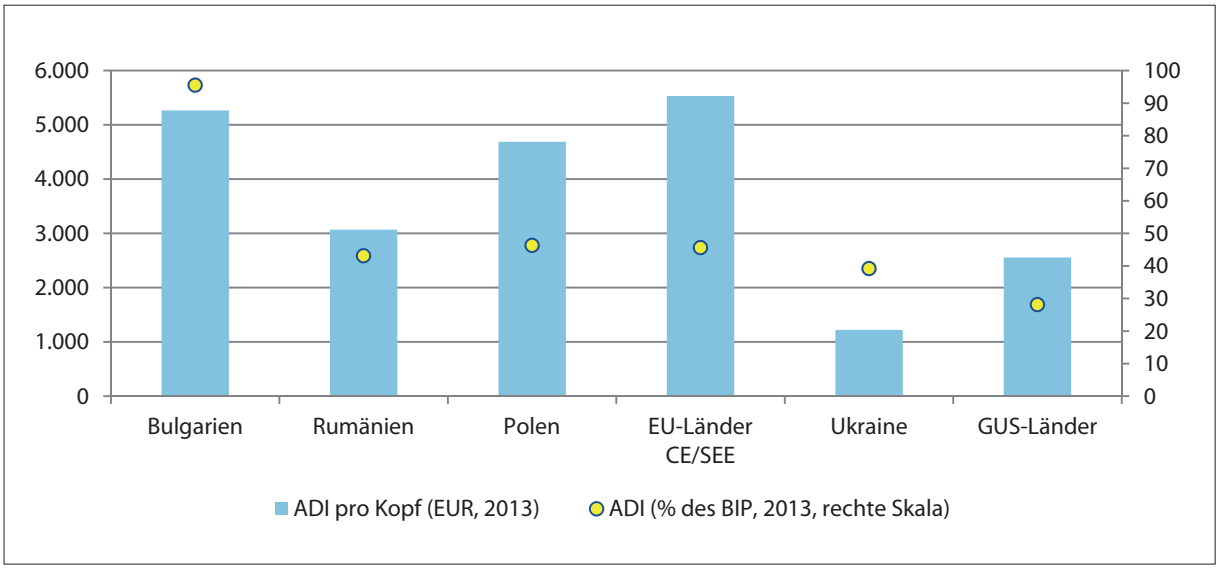
**Grafik 9: Bereitgestellte EU-Zahlungen Mittel- und Südosteuropa (2007–2020) und mögliche Dimensionen Ukraine (Milliarden EUR)***




** bezogen auf zwei siebenjährige EU-Finanzierungsperioden*

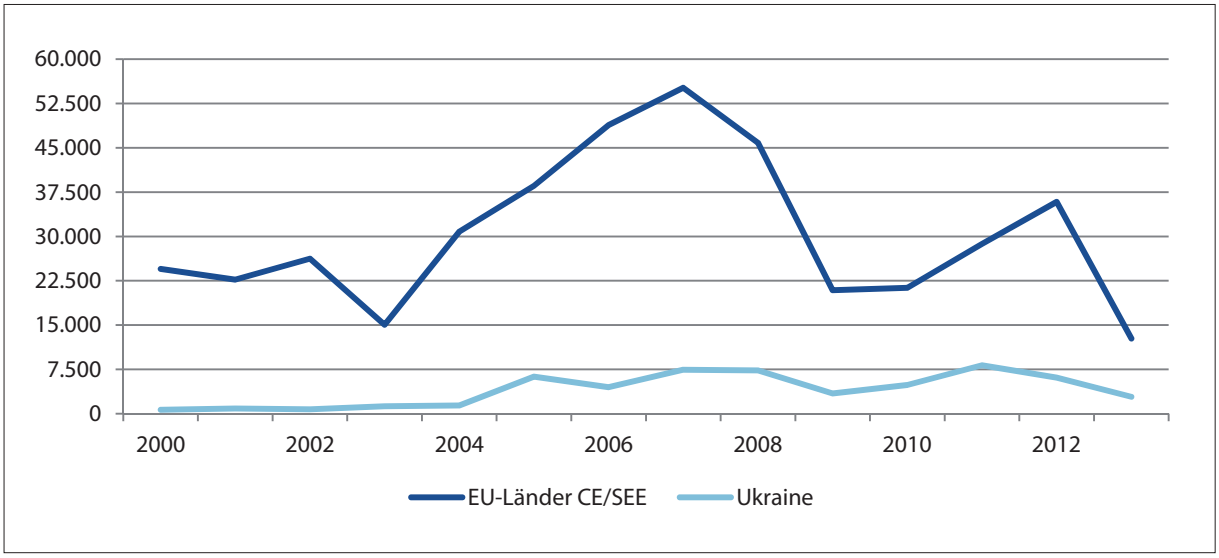
*Quellen: EU, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 10: Penetration der auslandischen Direktinvestitionen (ADI) im Vergleich**



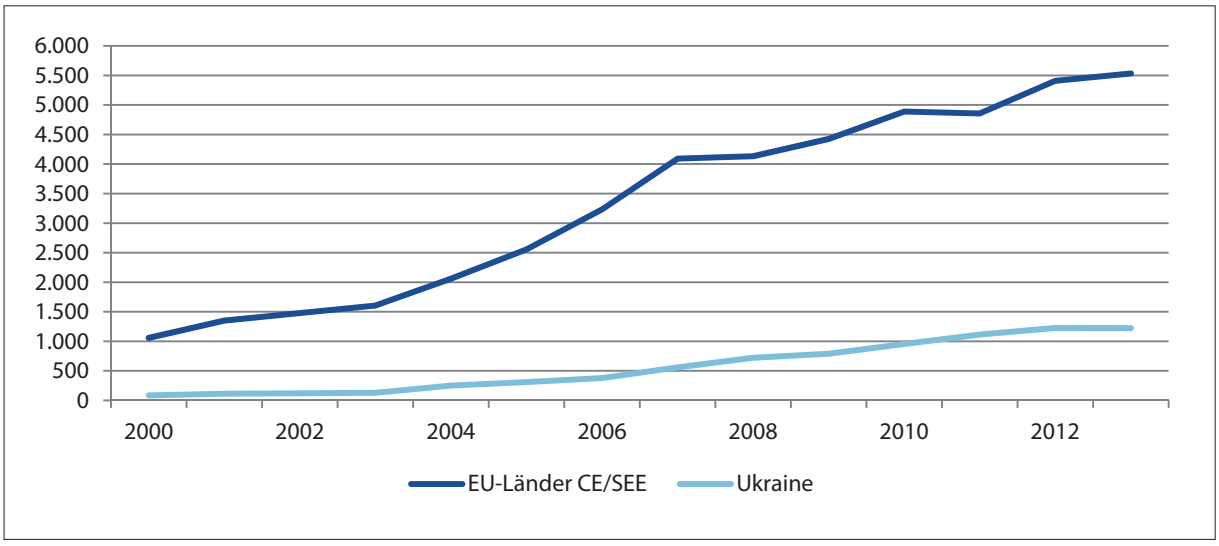

*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 11: Mittelosteuropa und Ukraine: ADI-Zufluss in den Jahren 2000–2013 (Millionen EUR)**



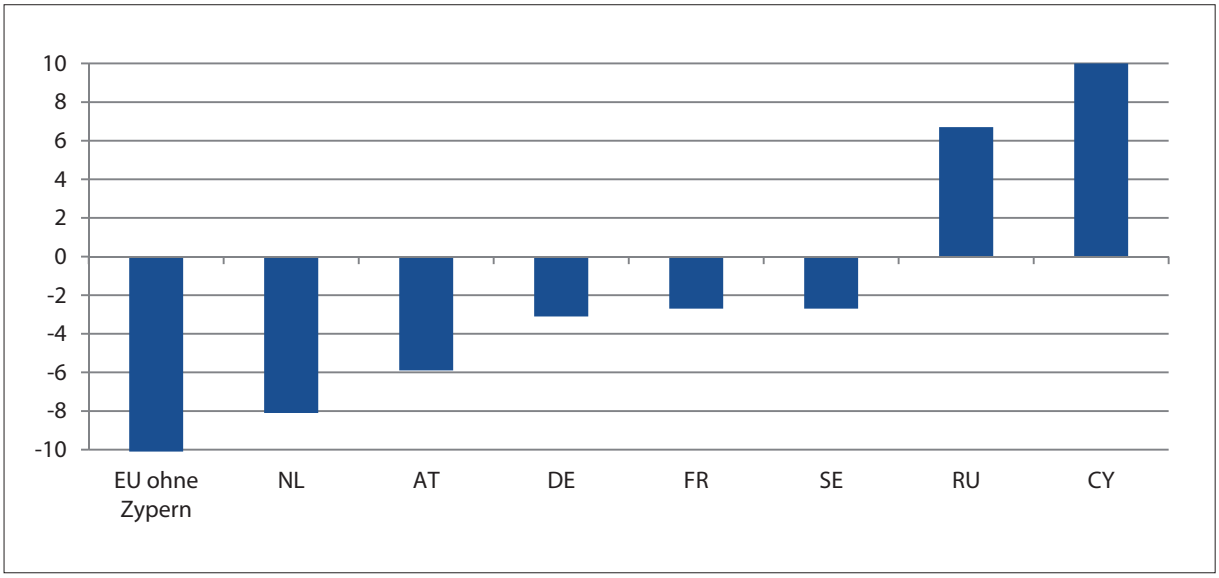

*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 12: Mittelosteuropa und Ukraine: ADI pro Kopf in den Jahren 2000–2013 (EUR)**



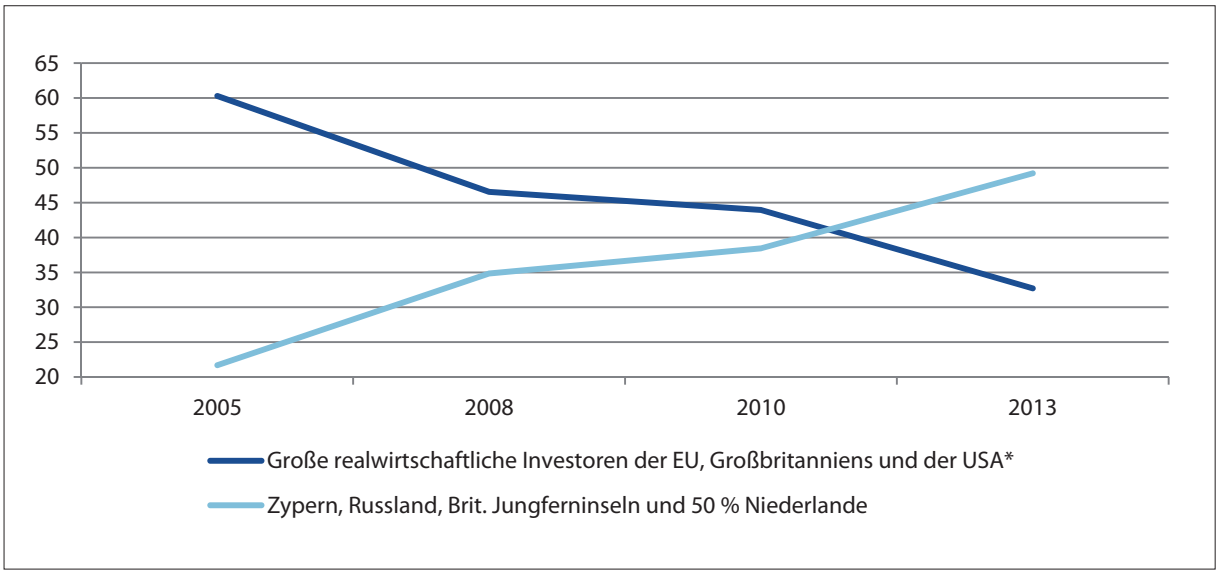

*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 13: ADI nach einigen Herkunftsländern: Ukraine im Vergleich zu den mittelosteuropäischen EU-Ländern (Ukraine = 0, Abweichung in Prozentpunkten)**




*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

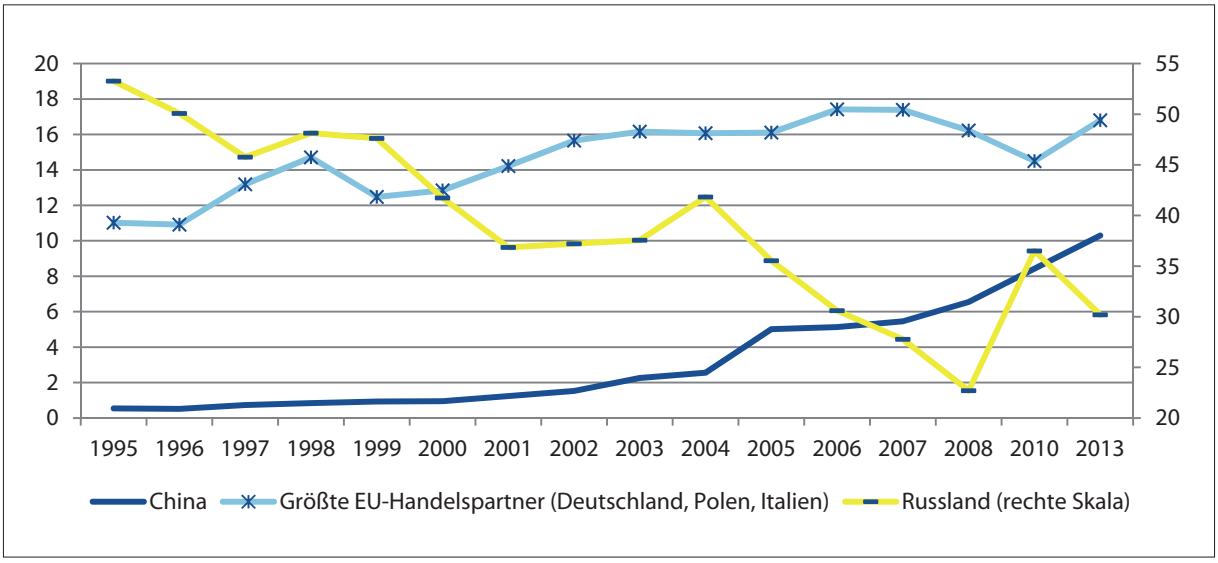
**Grafik 14: Ukraine: Prozentanteile im ADI-Bestand**




** Österreich, Frankreich, Deutschland, Schweden und 50 % Niederlande (da auch Offshore-Standort)*

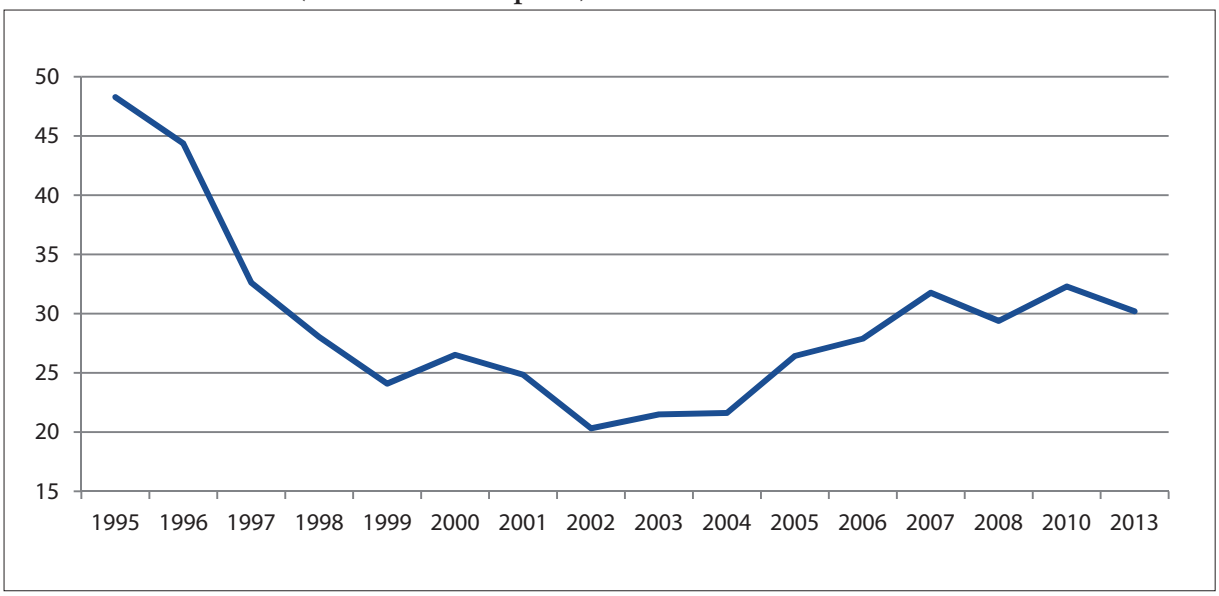
*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 15: Ukraine: Importanteile in den Jahren 1995–2013 (% der Gesamtimporte)**




*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

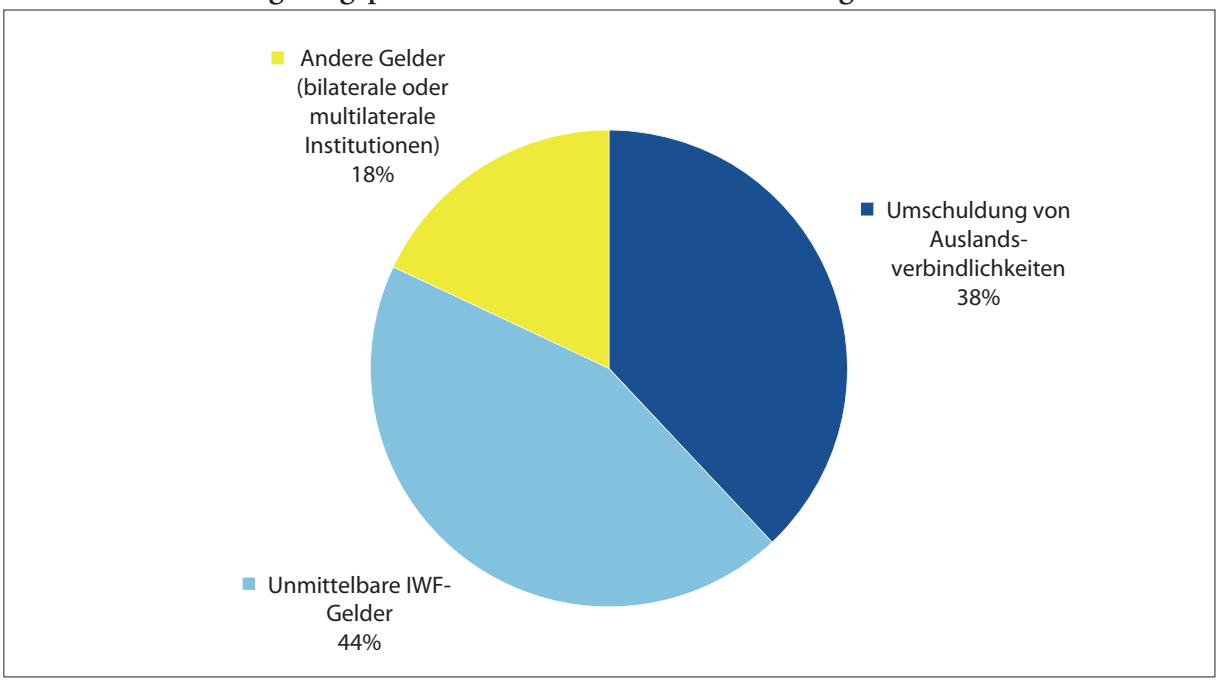
**Grafik 16: Ukraine: Exportanteil Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion in den Jahren 1995–2013 (% der Gesamtexporte)***




** Russland, Kasachstan, Belarus*

*Quellen: wiiw, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

**Grafik 17: Aufteilung der geplanten Ukraine-Gelder im IWF-Programm 2015–2018***




** Ingesamt 40 Milliarden USD von 2015–2018*

*Quelle: IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH*

ANALYSE

# Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014

Von Dmytro Myeshkov, Freiburg-Düsseldorf

## Zusammenfassung

Schon wenige Monate nach dem Amtsantritt Wiktor Janukowytschs vor fünf Jahren stellten Beobachter eine klare Abwendung von der Geschichtspolitik des früheren ukrainischen Präsidenten Juschtschenko (2005–2010) fest. Ein Jahr nach dem Machtwechsel in Kiew im Februar 2014 zeichnet sich im Umgang mit der Vergangenheit in der Ukraine nun eine abermalige Kursänderung ab. Im folgenden Beitrag werden die neuesten Tendenzen in der ukrainischen Geschichtspolitik analysiert, die durch neue Gesetze, institutionelle Veränderungen sowie durch die Einführung neuer staatlicher Feier- und Gedenktage zum Ausdruck kommen.

## Einleitung

Wie in den meisten Republiken der ehemaligen Sowjetunion wird auch in der Ukraine die Geschichtspolitik seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 vor allem als widersprüchlich charakterisiert. Eine tiefe Krise der Gesellschaftswissenschaften sowie das Fehlen entsprechender Institutionen hatten eine zunehmende staatliche Dominanz über Erinnerungskulturen zur Folge, die insbesondere in den 2000er Jahren zu mehreren geschichtspolitischen Kursänderungen führte – so z. B. nach der »Orangen« Revolution 2004/05 oder nach dem Amtsantritt Wiktor Janukowytschs 2010. Vergangenheitsbezogene Schlüsselthemen wurden in dieser Zeit von politischen Gruppierungen rücksichtslos für eigene Zwecke instrumentalisiert, was nicht nur ihre sachliche Aufarbeitung, sondern auch Prozesse gesellschaftlicher Konsensfindung sehr erschwerte.

Die Ereignisse des letzten Jahres in der Ukraine veränderten zwar die Stellung nichtstaatlicher Organisationen in vergangenheitsbezogenen Diskussionen grundlegend, der Staat bleibt aber weiterhin der Hauptakteur auf diesem Gebiet, zumal sich seine Geschichtspolitik in letzter Zeit mehrheitlich auf Zustimmung stützen kann.

Ein probates Mittel zur Stärkung von Identitäten und zur Vermittlung von Geschichtsbildern bleiben die Staatsfeste. In Form eines offizielle staatliche Feiertage, Jubiläen und Gedenktage umfassenden Festkalenders werden sie vom Präsidenten bzw. der Legislative bestimmt und von den staatlichen Behörden geplant und durchgeführt. Als Teil der Festkultur bieten die wenigen wichtigen staatlichen Feiertage, die einen Festkanon konstituieren, nur begrenzte Möglichkeiten für Veränderungen oder Umdeutungen und demonstrieren daher im gesamten postsowjetischen Raum eine gewisse Beständigkeit.

Deswegen wird der Festkanon vom ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) zu Jahresbeginn regelmäßig durch eine Liste von Jubiläen und Gedenktagen ergänzt, die auf nationaler Ebene gefeiert bzw. begangen werden sollen. Auch für das laufende Jahr hat die Werchowna Rada mit dem Beschluss vom 11. Februar 2015 eine solche ergänzende Liste von Gedenktagen verabschiedet, die etwa 60 Ereignisse – Festdaten sowie Jubiläen – umfasst. Vorbildhafte Lebensleistungen ausgewählter Persönlichkeiten (Kulturschaffende, Wissenschaftler, Militärs oder Politiker) oder denkwürdige Ereignisse werden im Laufe des Jahres in der Massen- und Erziehungsarbeit (öffentliche Vorträge, Ausstellungen etc., unter anderem auch für Schüler und Studenten) berücksichtigt und liefern lokalen wie nationalen Medien Informationsanlässe. Ein Vergleich mit ähnlichen Parlamentsbeschlüssen aus den vergangenen Jahren gibt Aufschluss über die Ziele und neuesten Entwicklungen der Geschichtspolitik der neuen Regierung. Neben dieser Liste werden bei unseren Beobachtungen Erlasse des Präsidenten sowie einschlägige Regierungsbeschlüsse berücksichtigt, die nach dem Machwechsel vor einem Jahr veröffentlicht wurden oder in Vorbereitung sind. Vier kurz vor Redaktionsschluss verabschiedete Gesetze über den Umgang mit der Geschichte der totalitären Regime und des Befreiungskampfs in der Ukraine sowie über den Zweiten Weltkrieg werden in diesem Text nur kurz behandelt.

## Geschichtspolitik im Schatten des russisch-ukrainischen Konfliktes

Am 7. Januar 2015 sorgte der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk mit einem Interview in den ARD-Tagesthemen für Verwirrung, in dem er den aktuellen russisch-ukrainischen Konflikt mit dem sowjetischen Einmarsch in die Ukraine und Deutschland gleichsetzte. Da der Pressedienst der Regierung sich späteren Nachfragen gegenüber bedeckt hielt, geriet der Direktor des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken, Wolodymyr Wjatrowytsch, in Erklärungsnot. Er erklärte, Jazenjuk habe über die Ereignisse im Januar 1918 gesprochen, als bolschewistische Truppen aus Sowjetrussland in die Ukraine einmarschierten. Inwieweit diese Inter-

pretation Jazenjuks Intention entspricht, bleibt unklar. Wjatrowytschs Erläuterung zeigt aber deutlich, wie der russisch-ukrainische Konflikt geschichtspolitisch gedeutet wird.

Demnach werden die Kämpfe im Donbass und die Annexion der Krim als entscheidende Schlacht in einem jahrhundertelangen Befreiungskampf gegen den russischen Kolonialismus und gegen Großmachtansprüche Moskaus dargestellt und verstanden. Dabei werden gerne historische Parallelen mit der Geschichte der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik (ukr.: *Ukrajinska Narodna Respublika, UNR*) gezogen, deren Armee gegen die »russisch-bolschewistischen« Truppen gekämpft hat. Sehr komplexe gesellschaftliche Prozesse, die sich von 1918 bis 1921 auf den ukrainischen Gebieten abgespielt haben, werden in den populären Geschichtsbildern auf militärische und ethnische Aspekte reduziert und als Unabhängigkeitskrieg der Ukrainer gegen die russischen Bolschewiki dargestellt. Ganz im Gegensatz zur Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik erfährt die UNR bei diesen Darstellungen eine deutliche Aufwertung. Im Gesetz »Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes …« vom 9. April 2015 wird das kommunistische Regime in der Ukraine von 1917 bis 1991 als verbrecherisch bezeichnet, die wiederhergestellte Unabhängigkeit von 1991 soll an die Geschichte der UNR anknüpfen.

Es überrascht daher nicht, dass im laufenden Jahr laut einem Parlamentsbeschluss vom 11. Februar auch vier weiterer Kommandeure der UNR-Armee gedacht wird sowie der Schlacht bei Warschau vor 95 Jahren, bei der die Rote Armee eine Niederlage gegen polnisch-ukrainische Truppen hinnehmen musste. Die Hervorhebung siegreicher historischer Momente sowie ihre mediale Verbreitung gehören zum angekündigten Programm der Regierung zur Stärkung der ukrainischen Armee.

Nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung im Donbass hat der Präsident auch weitere Entscheidungen in Bezug auf staatliche Feiertage getroffen, die den Abschied der Ukraine vom sowjetischen Erbe unterstreichen sollen. Zwei dieser Entscheidungen sind besonders symbolträchtig. Erstens führte Poroschenko neben dem 9. Mai, dem traditionellen Tag des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« (ukrainisch *Den Peremohy*, russisch *Den Pobedy*), mit seinem Erlass den 8. Mai als »Tag des Gedenkens und der Versöhnung« ein. Zweitens hob er den »Tag des Verteidigers des Vaterlandes« (ursprünglich als »Tag der Sowjetischen Armee und der Militärflotte« bekannt) auf. Nach alter sowjetischer Tradition wurde dieser Tag in der Ukraine wie auch in Russland am 23. Februar gefeiert. Der neue »Tag des Verteidigers der Ukraine« wurde durch denselben Erlass auf den 14. Oktober gelegt. Orthodoxe und unierte Christen feiern an diesem Tag das Schutzfest der Jungfrau Maria (*Pokrowa Preswjatoji Bohorodyzi*), die besonders von den Saporoger Kosaken als Beschützerin verehrt wurde. Seit 1999 ist das Schutzfest der Jungfrau Maria zugleich auch der Tag des ukrainischen Kosakentums. Auf diese Traditionen wies Poroschenko in seiner Ansprache nach der Unterzeichnung des Erlasses hin. Obwohl das *Pokrowa*-Fest als »Tag der Ukrainischen Aufständischen Armee« (*Ukrajinska Powstanska Armija, UPA*) zumindest genauso bekannt ist, fand diese Tatsache in der Ansprache des Präsidenten keine Erwähnung, weil die UPA in vielen Regionen des Landes nicht unumstritten ist.

Es ist zwar noch nicht klar, wie sich das neue Fest im ukrainischen Festkalender einbürgern wird, denn der 23. Februar war als Gegenstück des Internationalen Frauentages (8. März) einer der beliebtesten sowjetischen Feiertage. Vorläufig kann man aber feststellen, dass die öffentliche Reaktion auf die Entscheidungen des Präsidenten angesichts der Rolle der russischen Armee bei der Annexion der Krim sowie im Konflikt im Donbass durchaus positiv ausfällt.

## Ukrainisches Institut für nationales Gedenken

Die wichtigsten institutionellen Rahmenbedingungen zur Durchführung der neuen Geschichtspolitik wurden mit den vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2014 geschaffen. Die Parteien von Poroschenko und Jazenjuk, die im neuen Parlament über eine Mehrheit verfügen, haben sich in ihren Programmen auf die Festigung der ukrainischen Identität und der nationalen Erinnerung verpflichtet. Für die Erarbeitung entsprechender Gesetze hat sich im Parlament die überfraktionelle Abgeordnetengruppe »Erinnerung und Verständigung« gebildet, die eng mit dem Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken zusammenarbeitet.

Dieses Institut wurde auf Initiative des Präsidenten Juschtschenko im Jahr 2006 gegründet. Während Janukowytschs Präsidentschaft wurde es von einem Kommunisten geleitet und hat seine Tätigkeit praktisch eingestellt. Das nach dem letzten Machtwechsel neu gegründete Institut ist nun mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet und fungiert als zentrale staatliche Behörde für geschichtspolitische Fragen. Seit März 2014 leitet es Wolodymyr Wjatrowytsch, ein ukrainischen Historiker und Archivar, dessen Forschungsschwerpunkt die Geschichte der ukrainischen nationalistischen Bewegung während des Zweiten Weltkriegs ist. Sein letztes Buch zu diesem Thema nahmen sowohl westliche als auch russische Historiker kritisch auf.

Da das Ukrainische Institut im Unterschied zu seinem polnischen Prototyp (*Instytut Pamięci Narodowej*) bisher keine eigenen Archivalien verwaltet, sieht es die »Wiederherstellung der nationalen Erinnerung und Identität« als seinen wichtigsten Arbeitsauftrag an. Es beteiligt sich aktiv an der Desowjetisierung des öffentlichen Raums (Demontage von Lenin-Denkmälern, Umbenennung von Straßen etc.), an der Vorbereitung einer ganzen Reihe von Parlaments- und Regierungsbeschlüssen sowie an der Erarbeitung der am 9. April verabschiedeten Gesetze. Eines dieser Gesetze – »Über den Zugang zu den Archiven der repressiven Organe« – sieht die Organisation eines speziellen Archivs als Bestandteil des Instituts vor. Den Schutz von persönlichen Daten bei der Nutzung dieser Akten hebt das Gesetz auf. Die früheren Pläne des Institutsdirektors, auch (Teil-)Bestände aus lokalen Archiven im Institutsarchiv zusammenzutragen, werden in Fachkreisen als Verstoß gegen das Prinzip der Unteilbarkeit überlieferter Fonds und zudem als kaum zu bewältigende logistische Aufgabe kritisiert, kürzlich etwa in einem offenen Brief des Verbands ukrainischer Archivare.

## Die Geschichte des mittelalterlichen Staats Kiewer Rus bleibt umstritten

Die Entscheidung des ukrainischen Parlaments vom 11. Februar, an dessen tausendstem Todestag feierlich des Kiewer Fürsten Wolodymyr zu gedenken, bestätigte zwei Wochen später ein Erlass des Präsidenten. In diesem Dokument wird nicht nur erneut auf die große Bedeutung des mittelalterlichen Staates sowie des Fürsten Wolodymyr für die Entstehung der ukrainischen Nation und für die tausendjährige staatliche Tradition hingewiesen, in ihm wird auch erstmalig in einem offiziellen Text die Bezeichnung *Ukrajina-Rus* verwendet, die der ukrainische Historiker und Politiker Mychajlo Hruschewski zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seinem fundamentalen Werk benutzte, um den kontinuierlichen historischen Entwicklungen auf den ukrainischen Gebieten vom Mittelalter bis in die Neuzeit Ausdruck zu verleihen.

Diese Entscheidungen wurden in Moskau als Versuch, die Geschichte der Kiewer Rus zu vereinnahmen, heftig kritisiert, unter anderem von Vertretern der Antimaidan-Bewegung. Nach den Äußerungen von Präsident Putin über die sakrale Bedeutung, die die Halbinsel Krim, auf der der heiliggesprochene Wolodymyr angeblich getauft wurde, für alle Russen habe, birgt das Thema mehr Konfliktstoff als je zuvor. Eine mit Präsident Janukowytsch vorläufig vereinbarte Feier unter der Ägide der orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats findet in der Ukraine nicht statt. Im Sommer ist mit einer erhöhten Präsenz des Themas in ukrainischen und russischen Medien zu rechnen.

## Die Geschichte einer Großstadt wird neu gelesen

Ein anderer Eintrag aus der Liste der Gedenktage und Jubiläumsfeiern verrät viel über die neuesten Trends in der ukrainischen Geschichtspolitik.

Wie jedes Jahr findet auch im kommenden September die Stadtgründungsfeier in Odesa (russisch Odessa) statt. Allerdings wird die Stadtgründung nicht mehr auf das Jahr 1794, sondern – basierend auf der ersten Aktennennung – auf das Jahr 1415 datiert. Ursprünglich war es die kleine Siedlung Kotsjubej (türk. Chadschibej), die später unter osmanischer Herrschaft zur Festung ausgebaut wurde. Die Entstehung und Existenz der Hafensiedlung lange vor dem Anschluss an Russland wurde nie angezweifelt und ist durch schriftliche Zeugnisse und archäologische Befunde gut dokumentiert. Nichtsdestotrotz blieb die Gründung Odesas im kollektiven Gedächtnis ausschließlich mit der Belagerung von Chadschibej durch die russische Armee und mit dem Anschluss des gesamten nördlichen Schwarzmeergebiets fest verbunden.

Der Vorschlag, das 600-jährige Jubiläum der Stadt Odesa im laufenden Jahr zu feiern, ist nicht neu und stammt ursprünglich von einer städtischen Bürgerinitiative, zu der unter anderem auch lokale Historiker gehören. Hinter der Entscheidung des Parlaments, diese Initiative zu unterstützen und die Jubiläumsfeierlichkeiten zu verordnen, lässt sich der Versuch erkennen, den proukrainisch gesinnten Stadtbewohnern den Rücken zu stärken, gegen Spekulationen über Neurussland (*Noworossija*), das nach Russland »zurückkehren« müsse, vorzugehen und den Mythos »Odessa – russische Stadt« in Frage zu stellen. Die Geschichte der Stadt Odesa ist dabei insofern von Bedeutung, als Odesa zwischen den 1820er und den 1870er Jahren das Zentrum des Generalgouvernements Neurussland war. Diese politisch-administrative Einheit umfasste damals drei Gouvernements – Jekaterinoslaw, Taurien und Cherson – und damit alle heutigen ukrainischen Gebiete am Schwarzen und am Asowschen Meer. Die Verschiebung der Stadtgründung um fast 400 Jahre würde den Ausgangspunkt der Stadtgeschichte in einem ganz anderen Zeitalter verorten, nämlich in dem des Polnisch-Litauischen Staates, der im ukrainischen nationalen Narrativ als Brücke zwischen Kiewer Rus und vormodernem Kosakenstaat eine zentrale Rolle einnimmt.

Wissenschaftlich gesehen sind Stadtjubiläen selten gut fundiert, sie genießen aber als großangelegte und vielbesuchte Volksfeste in breiten Anwohnerschichten enorme Popularität. Ob es den Organisatoren diesmal gelingen wird, neue historische Inhalte überzeugend zu präsentieren, bleibt abzuwarten. Angesichts der angespannten Lage in der Stadt infolge der tragischen Ereig-

nisse vom 2. Mai 2014 kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass das Jubiläumsvorhaben polarisierend wirkt. Als Anzeichen dafür könnte die Nachricht gedeutet werden, dass der Stadtrat sich mit einer Gerichtsentscheidung abzusichern versucht hat. Er ließ die Entscheidung des Parlaments von einem lokalen Gericht überprüfen, bevor mit der Vorbereitung der Feierlichkeiten begonnen wurde. Auch ist die Mitteilung beunruhigend, dass ein Historiker, der der Initiativgruppe angehört, vor kurzem auf der Straße angegriffen wurde.

## Die Erinnerung an den Krieg wird zu einem Krieg der Symbole

Das seit 2000 geltende Gesetz »Über die Verewigung des Sieges« verfestigte die seit den Sowjetzeiten tradierte Sichtweise auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Dieser lag die Vorstellung von einem Siegervolk (*narod-pobeditel'*) zu Grunde, das im Großen Vaterländischen Krieg (*Velikaja Otetschestvennaja Vojna*) (1941–1945) den entscheidenden Sieg errungen hatte.

In dem von der Regierung initiierten und am 9. April im Parlament verabschiedeten Gesetz »Über die Verewigung des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945« kommt der Große Vaterländische Krieg genauso wie das Siegervolk nicht mehr vor. Das Gesetz aus dem Jahr 2000 wird mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes aufgehoben. Der Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg am 9. Mai wird ihm zufolge in »Tag des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg« umbenannt und zu lediglich einer von vielen Formen der Verewigung des Sieges herabgestuft. Am 8. Mai soll von nun an der »Tag der Erinnerung und Versöhnung« begangen werden. Während an ihm der Opfer des Krieges gedacht werden wird, sollen am 9. Mai – so Präsident Poroschenko in einem Interview – die noch lebenden Veteranen geehrt werden. Mit dem Ableben der Kriegsgeneration wird die Bedeutung dieses Festes sinken.

Diese Umgestaltung der staatlichen Feierlichkeiten anlässlich des Sieges der Alliierten in Europa im Zweiten Weltkrieg ist als Versuch anzusehen, die sowjetische Tradition in Anlehnung an die (ost)europäische Tradition des Gedenkens zu überwinden. Das ist für die Ukraine insofern wichtig, als es ihr ermöglicht, die Ereignisse von 1939 bis 1941 in den ostpolnischen Gebieten, aber auch den Befreiungskampf der UPA während und nach dem deutsch-sowjetischen Krieg in das Kriegsnarrativ aufzunehmen.

Mit dem neuen Gesetz geht die ukrainische Führung klar auf Distanz zum Tag des Sieges, der in letzter Zeit zu Propagandazwecken instrumentalisiert und mythologisch überlagert wurde. Damit widerspricht sie deutlich den vom Putin-Regime erhobenen Ansprüchen auf ein Deutungsmonopol über die Kriegsgeschichte. Diese Auseinandersetzung wird auch auf visueller Ebene ausgetragen. Dem schwarz-orange gestreiften Georgsband, das von Russland auch im Ausland teilweise aggressiv verbreitet wird, wird in der Ukraine seit etwa einem Jahr eine neue Symbolik zur Erinnerung an die Kriegsopfer entgegengestellt. Das letzte Woche von Wjatrowytsch und der First Lady präsentierte Symbol sieht der britischen Poppy (Mohnblume), die als Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Großen Krieges bekannt ist, sehr ähnlich. Diese Symbolik soll das Georgsband ablösen, das nach dem Ausbruch des Krieges im Donbass von den meisten Ukrainern ohnehin abgelehnt wird.

## Schlussfolgerung

Der russisch-ukrainische Konflikt wird nicht zuletzt zwischen unterschiedlichen Vergangenheitsvorstellungen ausgetragen und ist daher ein wesentlicher Faktor bei der Analyse der ukrainischen Geschichtspolitik. Seine Wirkung ist dabei ambivalent: Auf der einen Seite wirkt er mobilisierend, indem er Identitäten fördert und stärkt. Auf der anderen Seite führt das mit ihm verbundene Risiko für die ohnehin instabile ukrainische Staatlichkeit dazu, dass in der Geschichtspolitik die staatstragende und jetzt auch verstärkt militärische Programmatik stets in den Vordergrund gestellt wird, oft auf Kosten anderer wichtiger Aspekte.

Der Konflikt hat aber auch einige politische Entscheidungen leicht gemacht. Neben der Abschaffung des Tags der Sowjetischen Armee im Oktober 2014 war die Umgestaltung und Umdeutung des »Tags des Sieges« der wichtigste Eingriff in den traditionellen, aus Sowjetzeiten stammenden ukrainischen Festkanon. Welchen Einfluss diese Entscheidungen auf die Erinnerungskultur in der Ukraine haben, bleibt noch zu klären. Jedenfalls stellen die Veränderungen den entschiedensten Versuch seit der Erlangung der Unabhängigkeit dar, vom (post)sowjetischen Kalender bzw. von der postsowjetischen Vergangenheit Abschied zu nehmen und damit den Einfluss Russlands zu verringern.

Die Gesetze vom 9. April stellen eine Zäsur in der ukrainischen Geschichtspolitik dar und werden sie in absehbarer Zukunft bestimmen. Ohne Zweifel werden sie vom Präsidenten zeitnah unterzeichnet werden und in Kraft treten. Ihre Erforschung steht noch an.

*Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

*Über den Autor:*
Dr. Dmytro Myeshkov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg.

*Lesetipps:*
- Ingmar Bredies: Volle Fahrt zurück! Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik, in: Ukraine-Analysen Nr. 75, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen75.pdf>
- Jenny Marietta Alwart: Umdeutung des »nationalen Heiligtums«. Aktuelle erinnerungskulturelle Kontroversen um Taras Schewtschenko, in: Ukraine-Analysen Nr. 81, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen81.pdf>
- Oksana Myshlovska, Andre Liebich: Stepan Banderas Nachleben wird gefeiert, in: Ukraine-Analysen Nr. 140, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen140.pdf>

TABELLEN ZUM TEXT

## Die Rechtsakte zur Geschichtspolitik der Ukraine nach dem Euromaidan

**Tabelle 1: Die Rechtsakte zur Geschichtspolitik der Ukraine nach dem Machtwechsel im Februar 2014**

| Datum | Rechtsakt | Nummer | Titel |
|---|---|---|---|
| 21.07.2014 | Erlass des Präsidenten | 608/2014 | Über den 23. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine |
| 14.10.2014 | Erlass des Präsidenten | 806/2014 | Über den Tag des Verteidigers der Ukraine |
| 28.10.2014 | Erlass des Präsidenten | 829/2014 | Über die Einführung eines Ehrenabzeichens – der Medaille zum 70. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den faschistischen Besatzern |
| 29.10.2014 | Erlass des Präsidenten | 830/2014 | Über durchzuführende Maßnahmen anlässlich des Gedenktags an die Opfer des Holodomor und der Hungersnöte |
| 22.12.2014 | Erlass des Präsidenten | 948/2014 | Über das Begehen des Sobornost-Tags der Ukraine im Jahr 2015 |
| 11.02.2015 | Beschluss des Parlaments | 1752 | Über Gedenktage und Jubiläen |
| 25.02.2015 | Erlass des Präsidenten | 107/2015 | Über die Ehrung des und das Gedenken an den Kiewer Fürsten Wolodymyr den Großen – den Gründer des mittelalterlichen Staats Rus-Ukrajina |
| 18.03.2015 | Erlass des Präsidenten | 148/2015 | Über den Tag der Nationalen Garde* |
| 24.03.2015 | Erlass des Präsidenten | 169/2015 | Über die Maßnahmen für das Jahr 2015 anlässlich des Siegs über den Nazismus in Europa und des 70. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs |
| 09.04.2015 | Gesetz | 2538-1 | Über den Rechtsstatus und die Verehrung des Erinnerns an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert |
| 09.04.2015 | Gesetz | 2539 | Über die Verewigung des Siegs über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945 |

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

**Tabelle 1: Die Rechtsakte zur Geschichtspolitik der Ukraine nach dem Machtwechsel im Februar 2014 (Fortsetzung)**

| Datum | Rechtsakt | Nummer | Titel |
|---|---|---|---|
| 09.04.2015 | Gesetz | 2540 | Über den Zugang zu den Archiven der repressiven Organe des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917–1991 |
| 09.04.2015 | Gesetz | 2558 | Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und über das Verbot ihrer Propaganda und Symbolik |

** Der Tag wird am 26. März begangen, der 1996 eingeführte Tag der Truppen des Innenministeriums wurde mit diesem Erlass aufgehoben.*

*Quelle: Dr. Dmytro Myeshkov.*

**Tabelle 2: Ergebnisse der Abstimmung über die Gesetze zur Geschichtspolitik der Ukraine am 9. April 2014**

| Gesetz | eingereicht von | eingereicht am | dafür | davon Koalitionspartner* | dagegen | Enthaltungen | abwesend |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Über den Rechtsstatus und die Verehrung des Erinnerns an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert | Juri Schuchewytsch (Radikale Partei von Oleh Ljaschko) | 07.04.2015 | 271 | 241 | 0 | 52 | 99 |
| Über die Verewigung des Siegs über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939-1945 | Arsenij Jazeniuk (Ministerpräsident der Ukraine) | 03.04.2015 | 261 | 231 | 0 | 53 | 108 |
| Über den Zugang zu den Archiven der repressiven Organe des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917-1991 | Arsenij Jazeniuk (Ministerpräsident der Ukraine) | 03.04.2015 | 261 | 232 | 0 | 57 | 102 |
| Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und über das Verbot ihrer Propaganda und Symbolik | 13 Abgeordnete (davon 7 von der Radikalen Partei von Oleh Ljaschko, 3 von der Partei Selbsthilfe und jeweils 1 von den Parteien Volksfront, Vaterland und Block Petro Poroschenko | 06.04.2015 | 254 | 229 | 0 | 53 | 115 |

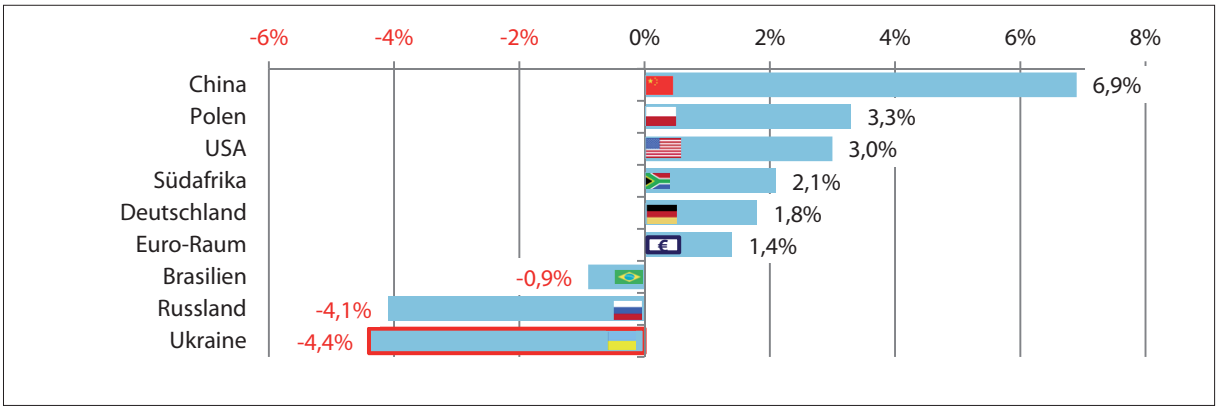
** Block Petro Poroschenko, Volksfront, Selbsthilfe, Vaterland und Radikale Partei von Oleh Ljaschko*

*Quelle: Internetportal der Werchowna Rada (<www.rada.gov.ua>). Zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.*

STATISTIK

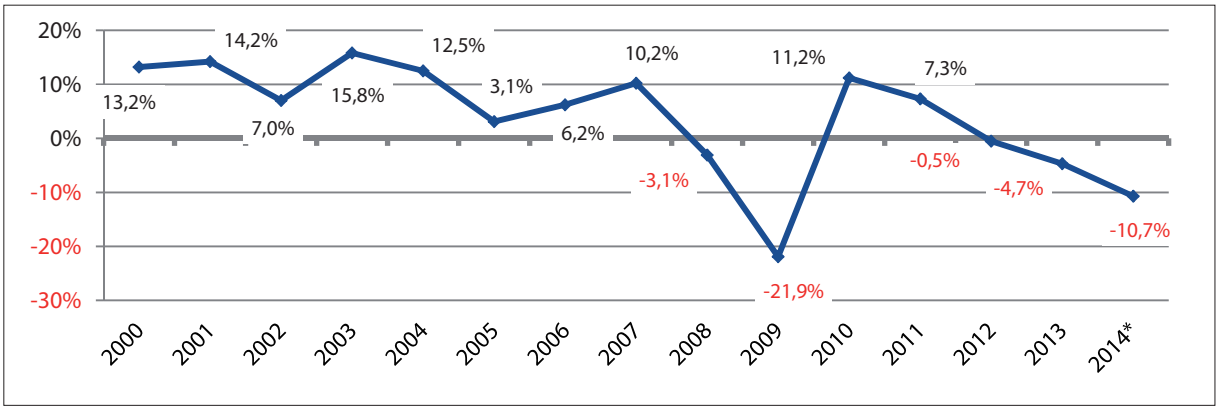
# Aktuelle Wirtschaftsdaten

## Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr



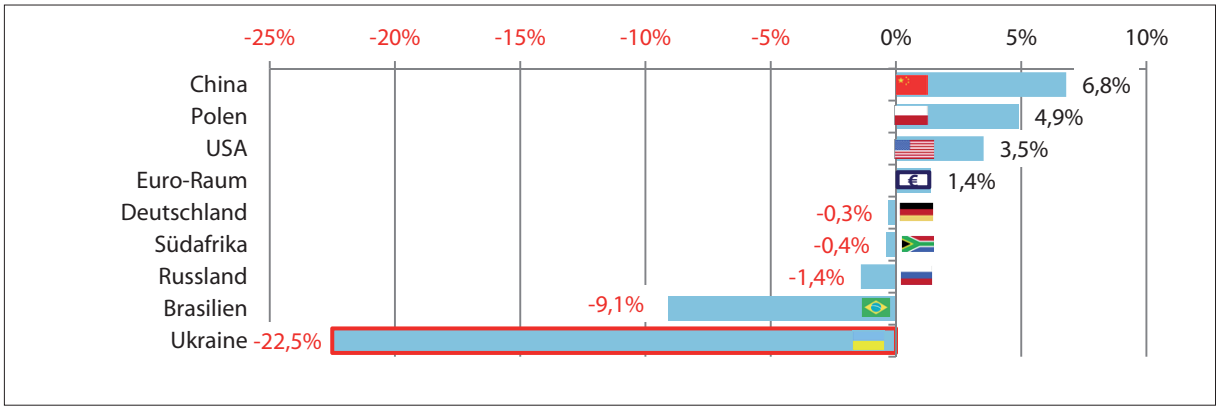

*Quelle: The Economist,* <http://www.economist.com>, *14.04.2015.*

## Grafik 2: Ukrainische Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr (2000–2014)



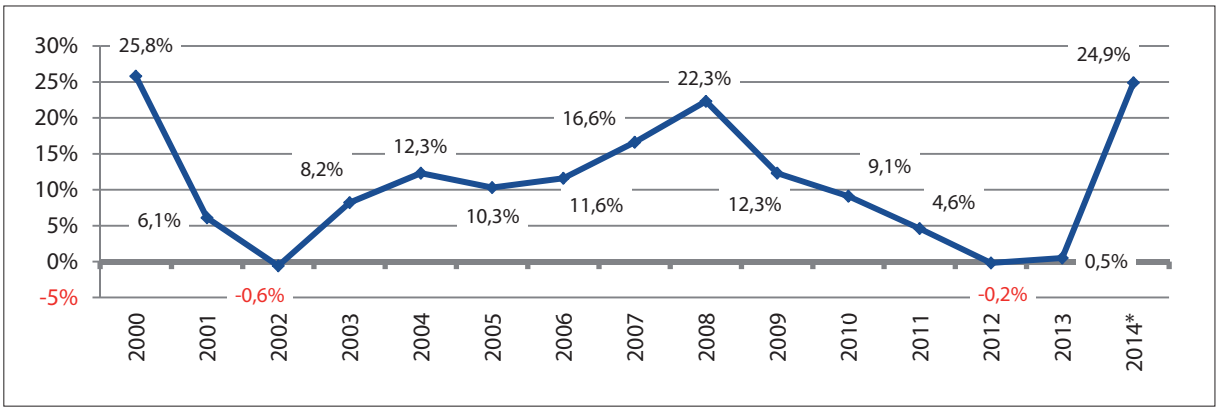

** Daten ohne Krim*
*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

## Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (Februar 2015)



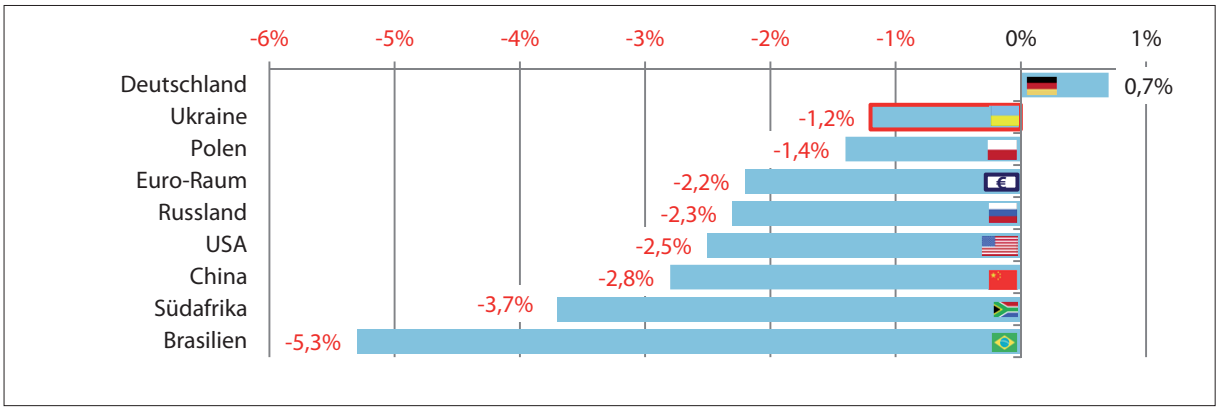

*Quelle: The Economist,* <http://www.economist.com>, *14.04.2015.*

## Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende (Konsumentenpreise, 2000–2014)



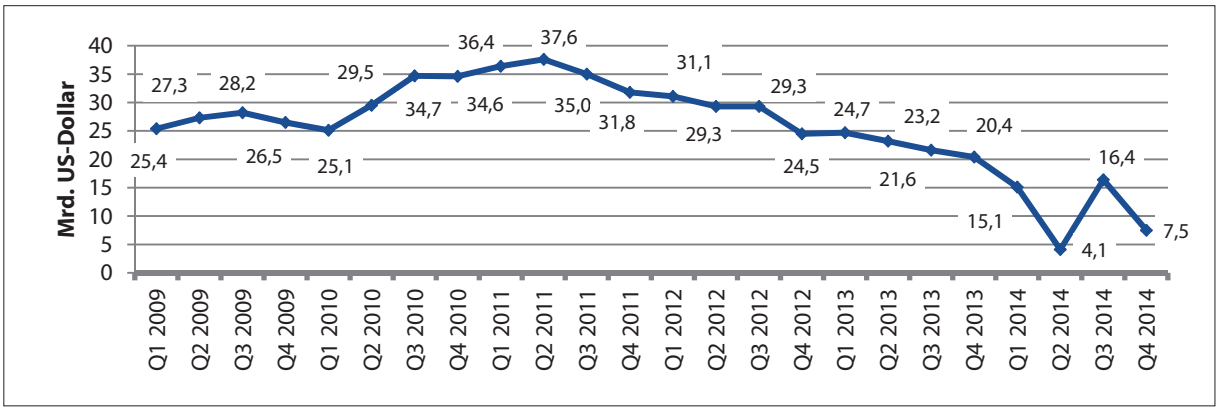

** Daten ohne Krim*
*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

## Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2015)



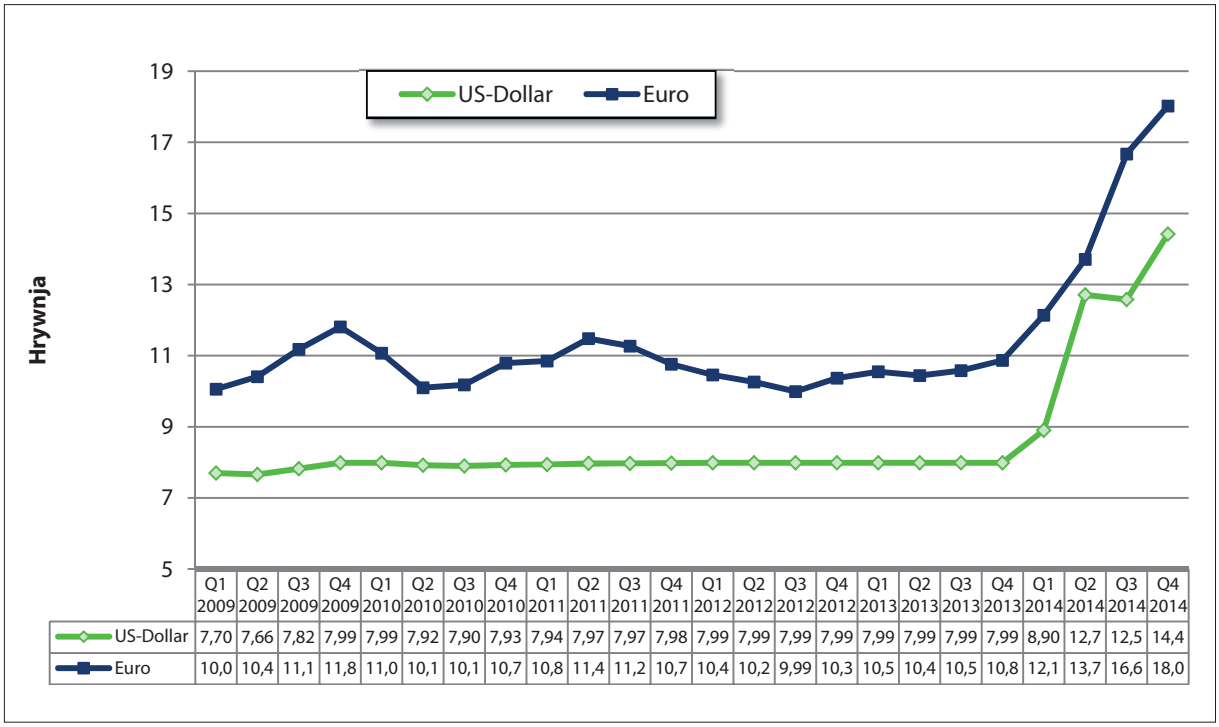

*Quelle: The Economist,* <http://www.economist.com>*, 14.04.2015.*

## Grafik 6: Ukrainische Devisenreserven in Mrd. US-Dollar 2009–2014




*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

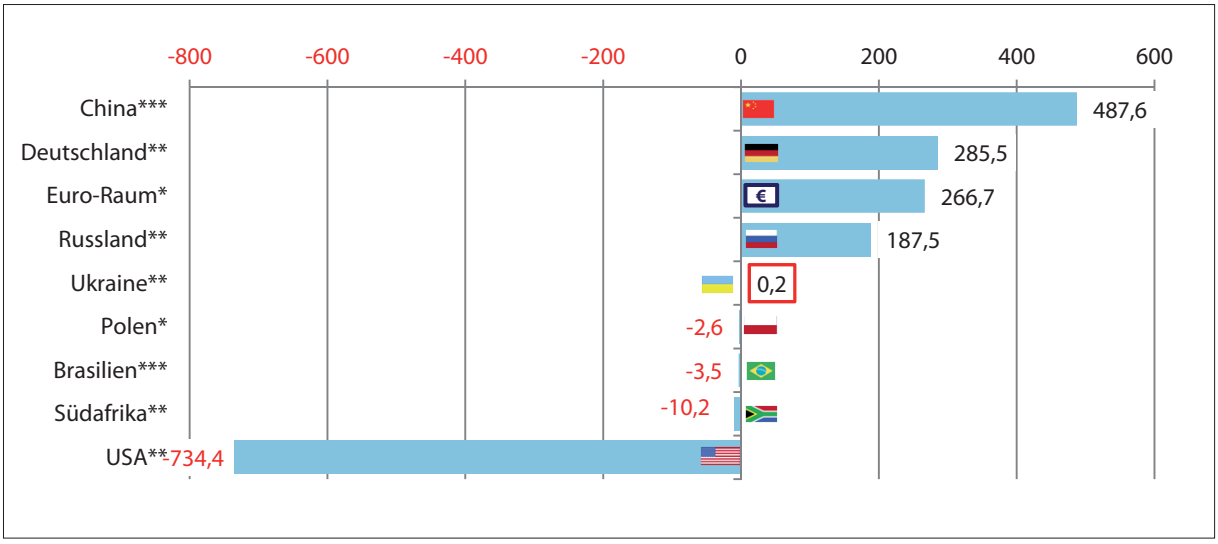
## Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja 2009–2014 (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)




| | Q1 2009 | Q2 2009 | Q3 2009 | Q4 2009 | Q1 2010 | Q2 2010 | Q3 2010 | Q4 2010 | Q1 2011 | Q2 2011 | Q3 2011 | Q4 2011 | Q1 2012 | Q2 2012 | Q3 2012 | Q4 2012 | Q1 2013 | Q2 2013 | Q3 2013 | Q4 2013 | Q1 2014 | Q2 2014 | Q3 2014 | Q4 2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| US-Dollar | 7,70 | 7,66 | 7,82 | 7,99 | 7,99 | 7,92 | 7,90 | 7,93 | 7,94 | 7,97 | 7,97 | 7,98 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 7,99 | 8,90 | 12,7 | 12,5 | 14,4 |
| Euro | 10,0 | 10,4 | 11,1 | 11,8 | 11,0 | 10,1 | 10,1 | 10,7 | 10,8 | 11,4 | 11,2 | 10,7 | 10,4 | 10,2 | 9,99 | 10,3 | 10,5 | 10,4 | 10,5 | 10,8 | 12,1 | 13,7 | 16,6 | 18,0 |

*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

## Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar (Januar–März 2015)



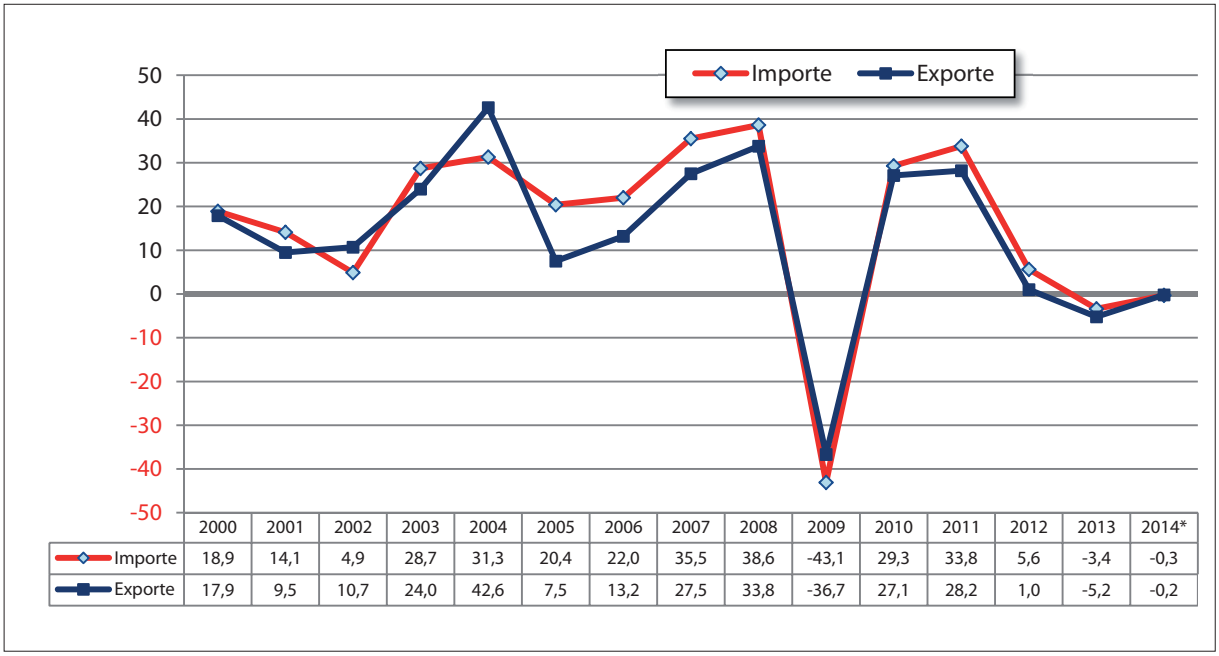

* *Zahlen vom Januar 2015*

** *Zahlen vom Februar 2015*

*** *Zahlen vom März 2015*

*Quelle: The Economist,* <http://www.economist.com>*, 31.05.2014.*

## Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar, 2000–2014)

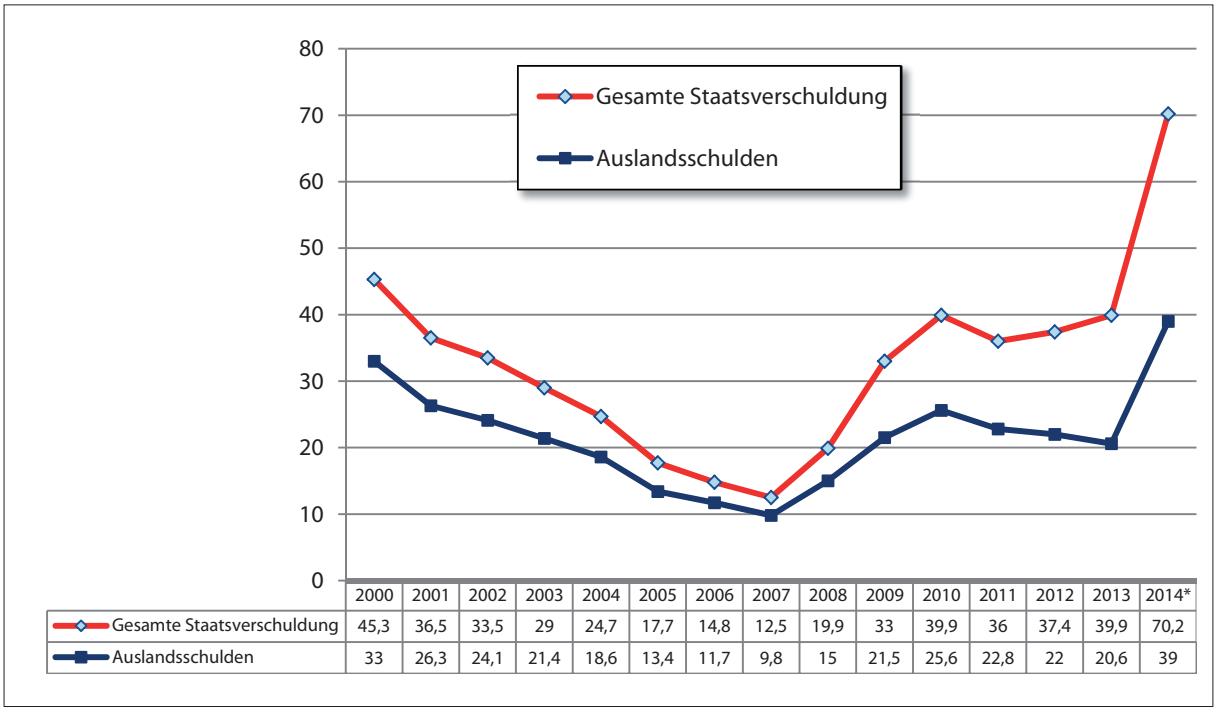



| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Importe | 18,9 | 14,1 | 4,9 | 28,7 | 31,3 | 20,4 | 22,0 | 35,5 | 38,6 | -43,1 | 29,3 | 33,8 | 5,6 | -3,4 | -0,3 |
| Exporte | 17,9 | 9,5 | 10,7 | 24,0 | 42,6 | 7,5 | 13,2 | 27,5 | 33,8 | -36,7 | 27,1 | 28,2 | 1,0 | -5,2 | -0,2 |

** Daten ohne Krim*

*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

## Grafik 10: Ukrainische Staatsverschuldung als Anteil am BIP, zum Jahresende (%, 2000–2014)




| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gesamte Staatsverschuldung | 45,3 | 36,5 | 33,5 | 29 | 24,7 | 17,7 | 14,8 | 12,5 | 19,9 | 33 | 39,9 | 36 | 37,4 | 39,9 | 70,2 |
| Auslandsschulden | 33 | 26,3 | 24,1 | 21,4 | 18,6 | 13,4 | 11,7 | 9,8 | 15 | 21,5 | 25,6 | 22,8 | 22 | 20,6 | 39 |

** Daten ohne Krim*

*Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.*

CHRONIK

# 23. März – 12. April 2015

| | |
|---|---|
| 23.03.2015 | Die internationale Ratingagentur Fitch Ratings senkt die Bewertung der ukrainischen Banken Oshchadbank und Ukreksimbank und warnt vor ihrem möglichen Konkurs. Beide Institute befinden sich zu 100 % im Staatsbesitz. |
| 23.03.2015 | Innenminister Arsen Awakow stellt den bewaffneten Einheiten des Oligarchen und Gouverneurs des Gebietes Dnipropetrowsk Ihor Kolomojskyj ein Ultimatum von 24 Stunden, um das Gelände des Staatskonzerns Ukrtransnafta zu verlassen. In einem Konflikt mit staatlichen Institutionen um die Besetzung des Postens des Vorstandschefs hatte Kolomojskyj die Zentrale des Unternehmens von privaten bewaffneten Einheiten umstellen lassen. |
| 23.03.2015 | Entgegen den ersten Einigungen bei einer trilateralen Verhandlungsrunde zwischen der Ukraine, Russland und der EU in Brüssel vor einigen Tagen erklärt Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn, dass die Ukraine voraussichtlich ab dem 01. April 2015 kein Gas mehr von Russland beziehen werde. |
| 23.03.2015 | Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn weist alle dem Ministerium unterstehenden Unternehmen an, Gelder von der von dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj kontrollierten Privat-Bank abzuziehen und auf Konten bei staatlichen Banken zu überweisen. |
| 24.03.2015 | Im Rahmen des »Lustrationsgesetzes« zur Kontrolle hoher Beamter auf vergangene Korruptionsdelikte wird der leitende Staatsanwalt der Region Kiew, Serhij Juldaschew, seines Amtes enthoben. |
| 24.03.2015 | Der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, kündigt an, dass der Ukraine auf dem Gipfel der »Östlichen Partnerschaft« in Riga im Mai 2015 noch keine Visafreiheit eingeräumt werde. Zurzeit werde überprüft, ob die Ukraine die Voraussetzungen erfülle. Bis zum Gipfel bleibe keine Zeit, eine Entscheidung zu treffen. |
| 24.03.2015 | Laut einer landesweiten Umfrage des Rasumkow-Zentrums zur Unterstützung der politischen Parteien sprechen sich 14 % für den Block Petro Poroschenko aus, 9 % für die Partei Selbsthilfe und 7 % für den Oppositionsblock. Die Partei Volksfront des Premierministers Arsenij Jazenjuk bleibt knapp unter 5 %. Die radikale Partei Oleh Ljaschkos und die Partei Vaterland unterstützen jeweils knapp 5 % der Befragten, die Kommunistische Partei erhält 3 %, sieben weitere Prozent sprechen sich für andere Parteien aus. Von den Befragten geben 3 % an, bei einer Wahl den Stimmzettel ungültig zu machen, 22 % wollen sich nicht an einer Wahl beteiligen, 18 % sind sich in der Entscheidung unsicher. |
| 24.03.2015 | Bei Kiew stürzt ein Helikopter der ukrainischen Armee ab. Ein Mensch kommt ums Leben, zwei weitere werden verletzt. |
| 25.03.2015 | Der Unternehmer Ihor Kolomojskyj reicht beim Präsidenten Petro Poroschenko seinen Rücktritt vom Posten des Gouverneurs des Gebietes Dnipropetrowsk ein. Poroschenko nimmt das Gesuch an. Kolomojskyj war als Gouverneur eingesetzt worden, um seinen hohen regionalen Einfluss für die Stabilisierung der Region in der Ostukraine einzusetzen. Weite Teile der politischen Elite und der öffentlichen Meinung schrieben es seiner Ernennung zu, dass sich in dem Gebiet keine separatistischen Forderungen durchsetzen können. Kolomojskyj hatte zudem unter erheblichem Einsatz privater Mittel mehrere Freiwilligenbataillone gegründet und ausgestattet, auf deren Einsatz die so genannte »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee in hohem Maße angewiesen war und ist. In der vergangenen Woche war ein Konflikt um den Einfluss von Kolomojskyjs Strukturen auf Staatskonzerne zwischen Kolomojskyj und der Regierung eskaliert. Kommissarisch tritt der aus Dnipropetrowsk stammende Walentin Resnitschenko an Kolomojskyjs Stelle. Er hatte zuvor als Gouverneur des Gebietes Saporischschja gewirkt. |
| 25.03.2015 | Der Vorsitzende der Behörde für Katastrophenschutz, Serhij Botschkowskyj, und sein Stellvertreter, Wasilij Stojezkyj, werden während einer Regierungssitzung verhaftet und in Handschellen abgeführt. Ihnen wird die Organisation eines Korruptionssystems vorgeworfen. |
| 25.03.2015 | Die USA liefern der ukrainischen Armee zehn gepanzerte Geländewagen der Marke Hummer. |
| 25.03.2015 | Die Regierung bestätigt die Einsetzung von Walentin Resnitschenko als Gouverneur des Gebietes Dnipropetrowsk. An seine Stelle als Gouverneur des Gebietes Saporischschja tritt der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko Walerij Kulitsch. |
| 25.03.2015 | Auf ukrainisch kontrolliertem Territorium im Gebiet Donezk explodiert ein Nahverkehrsbus. Vier Menschen kommen ums Leben, 17 werden verletzt. |
| 25.03.2015 | Der Präsident der Venedig-Kommission des Europarates, Gianni Buquicchio, drückt Besorgnis über den Fortschritt der Verfassungsreform in der Ukraine aus. Angesichts der Verpflichtung der Ukraine im Rahmen der Minsker Vereinbarungen, bis Jahresende eine Verfassungsreform zur Dezentralisierung auszuarbeiten und im Oktober Regionalwahlen im Donbass abzuhalten, gehe der Reformprozess nicht schnell genug vonstatten. |

| | |
|---|---|
| 26.03.2015 | Der Generalstab vermeldet, dass den freiwilligen Kämpfern des Rechten Sektors, die an der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee im Donbass beteiligt seien, ein regulärer Eintritt in die Armee oder die Nationalgarde angeboten worden sei. Im Rahmen der Minsker Vereinbarungen hatten sich die Konfliktparteien dazu verpflichtet, alle irregulären Kampftruppen abzuziehen. |
| 26.03.2015 | Nach Auskunft eines Beraters des Verteidigungsministeriums der Ukraine kommt der Verhandlungsprozess um den in den Minsker Verhandlungen vereinbarten Gefangenenaustausch bisher zu keinem Ergebnis. |
| 27.03.2015 | Bei Schirokino im Süden des Gebietes Donezk kommt es laut dem ukrainischen Freiwilligenbataillon »Asow« zu einem Schusswechsel mit separatistischen Truppen. Es gibt keine Angaben zu Opferzahlen. |
| 27.03.2015 | Oleksandr Kofman, »Außenminister« der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, dass der Kommandeur der Einheit »Mirasch«, Roman Vosnik, zusammen mit einem Personenschützer im Zentrum von Donezk erschossen worden sei. |
| 27.03.2015 | Die Beobachtermission der OSZE registriert 133 Detonationen rund um den Flughafen Donezk, kann jedoch nicht klären, von welcher Seite die Waffen abgefeuert wurden. |
| 28.03.2015 | Der Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission in der Ostukraine, Ertuğrul Apakan, ruft beide Seiten des Konflikts dazu auf, das Feuer in Schirokino unverzüglich einzustellen. In dem östlich von Mariupol gelegenen Dorf waren in den vergangenen Tagen heftige Gefechte zwischen Separatisten und ukrainischer Armee entbrannt. |
| 28.03.2015 | Der Pressesprecher der freiwilligen Kämpfer des Rechten Sektors, Artem Skoropadskyj, erklärt, die Gruppe sei nur bereit, den regulären Truppen der ukrainischen Armee beizutreten, wenn sie eine separate Formation unter eigenem Kommando formieren dürfe. |
| 28.03.2015 | In Odessa detoniert laut Augenzeugen ein Sprengsatz nahe einer Hilfsausgabestelle für Angehörige der »Anti-Terror-Operation«. Menschen kommen nicht zu Schaden. |
| 29.03.2015 | Andrij Parubij, Vizesprecher des Parlaments, erklärt, dass mehrere Generäle wegen Korruption verhaftet worden seien. Beispielsweise sei aus dem Ausland gelieferte Ausrüstung im Internet zum Verkauf angeboten worden. |
| 29.03.2015 | Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass in Zukunft die Führung von Staatskonzernen mit internationalen Experten besetzt werde. |
| 30.03.2015 | Der Abgeordnete und Journalist Mustafa Nayyem veröffentlicht Dokumente der Staatsanwaltschaft, aus denen hervorgeht, dass gegen den Abgeordneten Serhij Melnitschuk wegen mutmaßlicher Beteiligung an einer Entführung ermittelt wird. Die Entführung des Managers Michaylo Labutin habe sich ereignet, als Melnitschuk Kommandant des Freiwilligenbataillons »Ajdar« war. |
| 30.03.2015 | Der russische Oppositionspolitiker und Parteifreund des ermordeten Boris Nemzow, Ilja Jaschin, veröffentlicht Vorabinformationen aus dem geplanten Bericht Nemzows über die Beteiligung russischer Streitkräfte im Krieg in der Ostukraine. Nach dessen Schätzungen seien mindestens 220 russische Soldaten in der Ukraine ums Leben gekommen. |
| 30.03.2015 | Die staatliche Statistikbehörde veröffentlicht die Arbeitslosenzahlen. Ende 2014 waren offiziell 1,8 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das entspricht 9,7 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die höchste Arbeitslosigkeit liegt demnach im Gebiet Schytomir (12 %), die niedrigste in den Gebieten Odessa und Kiew (je 7 %). Die Schätzung wird nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchgeführt. |
| 30.03.2015 | Ein Sprecher der OSZE-Beobachtermission erklärt, dass die Mission entgegen den Vereinbarungen am 27. März von den Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« keinen Bericht zur Unterbringung abgezogener schwerer Waffen erhalten habe. |
| 31.03.2015 | Die Staatsanwaltschaft klagt den ehemaligen Kiewer Polizeichef und seinen Stellvertreter, Walerij Masan und Petro Fedtschuk, wegen der gewaltsamen Stürmung des Maidans in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 2014 an. Bei der ungesetzlichen Anwendung von Gewalt seien 13 Menschen ums Leben gekommen und 130 verletzt worden. |
| 31.03.2015 | Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass sie an mehreren Orten schwere Waffen vorgefunden habe, die laut Minsker Vereinbarungen hätten abgezogen werden müssen. Dies betreffe sowohl Territorium, das von der ukrainischen Armee kontrolliert wird, als auch Territorium, das unter der Kontrolle der Separatisten steht. |
| 31.03.2015 | Eine internationale Beratergruppe des Europarates beklagt, dass in einigen Fällen die ukrainische Polizei die Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung der Todesfälle am 20. Februar 2014 auf dem Maidan behindert habe. Die Gruppe legt einen Bericht vor, laut dem für die Mehrheit der Erschießungen durch Scharfschützen Angehörige der inzwischen aufgelösten Spezialeinheit »Berkut« verantwortlich seien. Im Bericht findet sich auch die Aussage, dass mindestens drei Todesfälle auf Schüsse aus dem Hotel »Ukraina« zurückzuführen seien. Das Hotel war zu dem Zeitpunkt von Demonstranten der Opposition besetzt. |

| | |
|---|---|
| 31.03.2015 | UNICEF berichtet, dass seit März 2014 durch verspätet zündende Granaten und Minen mindestens 42 Kinder ums Leben gekommen und etwa 110 Kinder verletzt worden seien. |
| 01.04.2015 | Der russische Energiekonzern Gazprom verlängert die vergünstigte Gaslieferung in die Ukraine um drei Monate bis Ende Juni 2014. Der Preis beträgt laut der Vereinbarung zwischen Gazprom und dem ukrainischen Energieversorger Naftohaz 248 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter. |
| 01.04.2015 | In der Ukraine steigen die Gas-, Strom- und Wasserpreise für Haushalte drastisch an. Gas verteuert sich teilweise um über hundert Prozent, Strom wird im Schnitt 50 % teurer. Die Anhebung der Preise war eine Bedingung des Internationalen Währungsfonds für die Gewährung von Hilfskrediten. |
| 01.04.2015 | Hennadyj Moskal, Gouverneur des Gebietes Luhansk, ruft den Generalstab auf, gegen die Besetzung einer Brotfabrik in der Region Stanitschno-Luhansk durch das Freiwilligenbataillon »Ajdar« vorzugehen. Er beklagt, die Kämpfer würden die Produktion kontrollieren und Brot zu überhöhten Preisen verkaufen. Der Generalstab habe die Besetzung bereits bestätigt, jedoch keine Schritte dagegen unternommen. |
| 01.04.2015 | Die OSZE-Beobachtermission berichtet von Kämpfen in der Umgebung des Flughafens von Donezk und um Schirokine östlich der Hafenstadt Mariupol. |
| 02.04.2015 | Das Verteidigungsministerium widerspricht der Darstellung des Gouverneurs des Gebietes Luhansk, Hennadyj Moskal, nach der das Freiwilligenbataillon »Ajdar« eine Brotfabrik besetzt halte. Sprecher des Ministeriums erklären, das Gebäude werde von einer privaten Sicherheitsfirma bewacht. Von einer Besetzung könne keine Rede sein. |
| 02.04.2015 | Präsident Petro Poroschenko ernennt Stepan Barna zum neuen Gouverneur des Gebietes Ternopil. Barna war zuvor Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko. |
| 02.04.2015 | Ein Kiewer Verwaltungsgericht erklärt eine Entscheidung der Regierung vom 7. November 2014, Sozialleistungen ausschließlich auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium auszuzahlen, für unzulässig. |
| 03.04.2015 | Sprecher der OSZE-Beobachtermission erklären, dass Ihnen noch immer der Zugang zu zwei Regionen im umkämpften Donbass verwehrt werde – dem Süden des Gebietes Luhansk und dem Osten des Gebietes Donezk. Die dortigen Gebiete würden von Truppen kontrolliert, die weder von der ukrainischen Armee noch von den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk direkt kontrolliert werden. |
| 03.04.2015 | Russische Behörden verweigern allen krimtatarischen Medien die Verlängerung ihrer Akkreditierung – mit Ausnahme der Zeitung »Golos Kryma. New«. Die Regierung der Krim hatte am 2. April Pläne verkündet, einen öffentlich-rechtlichen krimtatarischen Fernsehsender einzurichten. |
| 04.04.2015 | Der Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission in der Ostukraine, Ertuğrul Apakan, ruft beide Seiten des Konflikts dazu auf, zu Ostern und darüber hinaus das Feuer vollständig einzustellen. Bisher gibt es immer wieder Kämpfe in der Region des Donezker Flughafens und bei Schirokine östlich von Mariupol im Gebiet Donezk. |
| 04.04.2015 | Das Ministerkabinett entlässt Mykola Hordienko, den Vorsitzenden der staatlichen Agentur für Finanzinspektion. Er hatte zuvor der Regierung Arsenij Jazenjuks vorgeworfen, für Korruptionsdelikte in Höhe von etwa 7,6 Milliarden Hrywnja verantwortlich zu sein. Eine Regierungssprecherin hatte die Vorwürfe zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft überprüft die Daten der Aufsichtsbehörde. |
| 04.04.2015 | Justizminister Pawlo Petrenko stellt in Aussicht, dass das Parlament noch vor den traditionellen Feiern zum Tag des Sieges der Sowjetunion über Hitler-Deutschland am 9. Mai ein Gesetzespaket auf den Weg bringen werde, mit dem die kommunistische Ideologie verboten werden solle. |
| 05.04.2015 | Der Anführer der »Volkrepublik Donezk«, Denis Puschilin, fordert die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der in den Minsker Vereinbarungen verabredeten Maßnahmen. Solange es kein Format gebe, in dem z. B. der Gefangenenaustausch verhandelt wird, könne er auch nicht durchgeführt werden. |
| 05.04.2015 | Bei der ukrainisch kontrollierten Stadt Schtschastje nahe der Frontlinie explodiert eine Mine unter einem Transporter der ukrainischen Arme. Mehrere Soldaten kommen ums Leben. |
| 05.04.2015 | Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk reagiert auf die Vorwürfe des mittlerweile entlassenen Vorsitzenden der staatlichen Agentur für Finanzinspektion, Mykola Hordienko. Er hatte der Regierung Korruption in Höhe von 7,6 Milliarden Hrywnja unterstellt. Jazenjuk erklärt, die Delikte stammten noch aus der Regierungszeit des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Jazenjuk und die gesamte Regierung seien bereit, sich einer Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft zu stellen. |
| 06.04.2015 | Präsident Petro Poroschenko ernennt Hrihoryj Samardak zum neuen Gouverneur des Gebietes Saporischschja. Samardak war zuvor erster Stellvertreter des Gouverneurs Walerij Baranow gewesen und hatte seit dem Rücktritt Baranows im September 2014 die Amtsgeschäfte geführt. |

| | |
|---|---|
| 06.04.2015 | Die Regierung gibt ihre Pläne zur Privatisierung von Firmen und Firmenanteilen in Staatseigentum bekannt. Insgesamt sollen 342 Anteilspakete verkauft werden. Darunter sind zahlreiche Kohlezechen und Unternehmen im Energie- und Landwirtschaftssektor. |
| 07.04.2015 | Das Parlament befreit Studierende und Doktoranden von der Wehrpflicht. |
| 07.04.2015 | Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet ein Gesetz zur Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders. Der neue Sender heißt »UA Perschyj«. |
| 07.04.2015 | In seiner Einkommenserklärung gibt Präsident Petro Poroschenko für das Jahr 2014 Einkünfte in Höhe von 368 Millionen Hrywnja an. Der Großteil stamme aus Dividenden und Zinsen. Sein Gehalt habe er vollständig wohltätigen Zwecken gespendet, erklärt ein Sprecher der Präsidialadministration. Poroschenko habe alle Steuern gezahlt. Die Summe habe 18 Millionen Hrywnja betragen, was knapp fünf Prozent der Einkünfte entspricht. Verglichen mit der Deklaration aus dem Jahr 2013 haben sich Poroschenkos Einkünfte versiebenfacht. |
| 07.04.2015 | Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Angehörige von Freiwilligenverbänden den Status »Teilnehmer kriegerischer Handlungen« einräumt. Dieser Status ist mit Geldzahlungen und substantiellen Ermäßigungen bei Steuern und Abgaben verbunden. |
| 08.04.2015 | Der Aufsichtsrat des Staatskonzerns Ukrtransnafta benennt mit Serhij Sukalo einen neuen kommissarischen Vorstandsvorsitzenden. Die Entscheidung, den bisherigen Vorstandsvorsitzenden Oleksandr Lasorko abzusetzen, hatte zum offenen Konflikt zwischen der Regierung und dem Unternehmer und damaligen Gouverneur Ihor Kolomojskyj geführt. Lasorko galt als Vertrauter Kolomojskyjs. |
| 08.04.2015 | Ein Moskauer Gericht verlängert die Untersuchungshaft des ukrainischen Regisseurs Oleh Senzow bis zum 11. Mai. Ihm und weiteren Angeklagten wird die Vorbereitung terroristischer Anschläge auf der Krim vorgeworfen. |
| 09.04.2015 | Die OSZE-Beobachtermission bestätigt in einem Bericht, dass abgezogene schwere Waffen der ukrainischen Armee an fünf inspizierten Orten gemäß den Minsker Vereinbarungen untergebracht wurden. Sprecher betonen jedoch, dass beide Seiten noch viel Arbeit vor sich hätten, um die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen. Sie fordern erneut uneingeschränkten und sicheren Zugang der Kontrolleure zu allen Unterbringungsorten abgezogener Waffen. |
| 09.04.2015 | Die Nationalbank der Ukraine erwartet für das zweite Quartal 2015 eine Inflation von über 50 % verglichen mit dem Vorjahreszeitpunkt. Dies sei vor allem auf die drastische Erhöhung der Energie- und Wasserpreise zurückzuführen. |
| 09.04.2015 | Das Parlament erkennt der umstrittenen Ukrainischen Aufständischen Armee den Status »Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert« zu. Angehörige von Organisationen mit diesem Status können mit speziellen Sozialleistungen ausgestattet werden. Die Armee wurde 1943 gegründet und existierte bis etwa 1956. |
| 09.04.2015 | Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es verbietet, den »verbrecherischen Charakter« kommunistischer und nationalsozialistischer totalitärer Systeme zu leugnen. |
| 10.04.2015 | Die Bataillone des Rechten Sektors ziehen sich von der Frontlinie zurück, um ihren Eintritt in die regulären Streitkräfte der Ukraine vorzubereiten. |
| 11.04.2015 | Der Vertreter der Ukraine in der trilateralen Kontaktgruppe aus OSZE, der Ukraine und Russland, Leonid Kutschma, kündigt eine Videokonferenz der Kontaktgruppe mit Vertretern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk an. Es solle dabei um den Waffenstillstand, den Abzug der schweren Waffen und die Überprüfung durch die OSZE-Beobachtermission gehen. |
| 11.04.2015 | Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass die Zivilbevölkerung in Schyrokyne teilweise unter Trinkwassermangel und unzureichender Versorgung mit Strom und Fernwärme leide. Der Ort Schyrokyne liegt östlich der Hafenstadt Mariupol im Gebiet Donezk. In den vergangenen Wochen hatten sich dort die Kämpfe intensiviert. |
| 11.04.2015 | Eine Aussage von General Christophe Gomart, dem Direktor des französischen Militärgeheimdienstes DRM, vom 25. März 2015 wird öffentlich. Darin bestreitet er Aussagen der NATO, dass es Anzeichen für eine bevorstehende Invasion Russlands in die Ukraine gebe. Die Daten des Dienstes würden eine solche Hypothese nicht bestätigen. |
| 11.04.2015 | Die OSZE-Beobachtermission registriert verstärkte Kämpfe bei Schyrokyne. Dort habe ein Panzer von ukrainisch kontrolliertem Territorium gefeuert. |
| 12.04.2015 | Laut Informationen der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wirft die NATO Russland weiterhin die Unterstützung der Separatisten mit Waffen und Personal vor. Die Separatisten würden zurzeit über mehr Waffen verfügen als vor den Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015. |
| 12.04.2015 | Der Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission, Ertuğrul Apakan, ruft beide Seiten zur Zurückhaltung auf. Die Mission habe Kämpfe bei Schyrokyne und um den Flughafen Donezk registriert, schwere Waffen seien zum Einsatz gekommen. |

| | |
|---|---|
| 12.04.2015 | Der ukrainische und der russische Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums berichten, dass ukrainische Einheiten – wahrscheinlich das Bataillon des Rechten Sektors – bei Donezk über die Waffenstillstandslinie vorgestoßen seien. Die OSZE-Beobachtermission kann diese Angaben zunächst nicht bestätigen. Der rechte Sektor hatte am 10. April erklärt, seine Einheiten zögen sich zur Integration in die regulären Streitkräfte von der Frontlinie zurück. |

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf* <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

LESEHINWEIS

# Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

## Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

## Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

## Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

## Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

## Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>; Russland: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>; Ukraine: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>; zentalasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

## Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>